



Die OSZE als Sicherheitsgemeinschaft

Das OSZE-Magazin, das auch online verfügbar ist, wird von der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Englisch und Russisch herausgegeben. Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Redaktion: Ursula Froese

Gestaltung: Nona Reuter

Druck: Ueberreuter Print GmbH

Kommentare und Beiträge richten Sie bitte an:

oscemagazine@osce.org

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

A-1010 Wien (Österreich)

Tel.: (+43-1) 514 36-6267

Fax: (+43-1) 514 36-6105

OSZE-Vorsitz 2011: Litauen

OSZE-Organe und -Institutionen

Ständiger Rat (Wien)

Forum für Sicherheitskooperation (Wien)

Sekretariat (Wien)

OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit (Wien)

OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Warschau)

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten (Den Haag)

Parlamentarische Versammlung der OSZE (Kopenhagen)

Feldoperationen

Südkaucasus

OSZE-Büro in Baku

OSZE-Büro in Eriwan

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzes der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Zentralasien

OSZE-Zentrum in Aschgabat

OSZE-Zentrum in Astana

OSZE-Zentrum in Bischkek

OSZE-Büro in Tadschikistan

OSZE-Projektkoordinator in Usbekistan

Osteuropa

OSZE-Büro in Minsk

OSZE-Mission in Moldau

OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine

Südosteuropa

OSZE-Präsenz in Albanien

OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

OSZE-Mission im Kosovo

OSZE-Mission in Montenegro

OSZE-Mission in Serbien

OSZE-Mission in Skopje

OSZE-Büro in Zagreb

Aus dem Inhalt

VORSITZ

3 Der Amtierende Vorsitzende Audronius Ažubalis zum Start des litauischen Vorsitzes

4 Pragmatische, praxisorientierte Schritte
Botschafter Renatas Norkus

GIPFELTREFFEN

6 OSZE-Gipfel Astana 2010

7 Ergebnisse und Herausforderungen: Interview mit Herbert Salber, Direktor des Konfliktverhütungszentrums

10 Gipfel-Streiflichter

14 Die OSZE als Sicherheitsgemeinschaft
Emanuel Adler

100 JAHRE INTERNATIONALER FRAUENTAG

16 Eine Investition in Stabilität: Förderung von Frauen als Unternehmerinnen

18 Who is who für Genderfragen in der OSZE

19 Interview mit Hedy Fry, Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für Genderfragen

21 Das Junior Professional Officer Programm – ein Erfolgsrezept
Julia Czekierska



Titelgrafik: istockphoto



Der Amtierende Vorsitzende Audronius Ažubalis zum Start des litauischen Vorsitzes

„Dieser Beginn des OSZE-Vorsitzes hat in der Tat große symbolische Bedeutung für mein Land und für mich persönlich. Zwei Jahrzehnte ist es her, dass tausende Menschen in Wilna ohne Waffengewalt die höchsten Werte des unabhängigen Staates Litauen — das Gebäude unseres demokratisch gewählten Parlaments und das Symbol für freie Medien, den Fernsehturm — verteidigten. Vierzehn mutige Menschen bezahlten die Freiheit des Landes sehr teuer, mit ihrem Leben. Heute, zwanzig Jahre später, übernimmt mein Land den Vorsitz in der OSZE, der größten regionalen Organisation, die sich für Stabilität, Wohlstand und Demokratie durch die gemeinsamen Werte Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einsetzt und den Ländern hilft, den Weg zu Demokratie und einer freien Gesellschaft einzuschlagen. Wie die Erfahrung meines Landes zeigt, ist dieser Weg lange und oft schwierig.“

Mit diesen Worten begrüßte der Amtierende Vorsitzende der OSZE für 2011

und litauische Außenminister Audronius Ažubalis die Gäste, die zu einem Konzert des litauischen Kammerorchesters in der Wiener Hofburg am Vorabend des ersten Treffens des Ständigen Rates am 13. Januar gekommen waren, und fügte hinzu: „Litauen wird als freiheitsliebende Nation nach Kräften zur wichtigen Arbeit der OSZE beitragen und keine Mühen scheuen, um für freie Medien, die Entscheidungsfreiheit der Menschen und die Werte der Demokratie einzutreten.“

Im Februar unternahm Minister Ažubalis in seiner Eigenschaft als Amtierender Vorsitzender seine erste Reise in eine OSZE-Region und besuchte die Ukraine und Moldau, wo er die Arbeit der OSZE in diesen Ländern und die Bemühungen um die Lösung des Langzeitkonflikts in Transnistrien erörterte. Ebenfalls im Februar stattete er der Russischen Föderation einen Besuch ab und traf mit hochrangigen Politikern und Regierungsvertretern in Moskau zusammen; in den Vereinigten Staaten hielt er vor dem Sicherheitsrat der Vereinten

Nationen eine Rede und kam mit führenden Vertretern der Vereinigten Staaten zu Gesprächen zusammen. Ende des Monats machte er sich zu seiner zweiten regionalen Reise nach Kasachstan und Kirgisistan zu Gesprächen über die Arbeit der OSZE mit beiden Ländern auf.

Zu den Krisen im OSZE-Raum äußerte der Amtierende Vorsitzende seine große Besorgnis über die Prozesse und Urteile gegen Bürger von Belarus, die an Demonstrationen im Anschluss an die Präsidentenwahlen im vergangenen Dezember teilgenommen hatten. Nach den blutigen Zusammenstößen vom Januar zwischen Anhängern der Regierung und der Opposition rief er die Albaner zur Einstellung der Gewalt auf. In einer Rede auf dem Wintertreffen der Parlamentarischen Versammlung am 24. Februar 2011 in Wien ging Ažubalis auf die demokratischen Bestrebungen der Menschen in Ägypten und Tunesien ein — beide Länder sind Kooperationspartner der OSZE — und bot Rat und Hilfestellung durch die Organisation an.

Pragmatische, praxisorientierte Schritte

Von Botschafter Renatas Norkus



Botschafter Renatas Norkus, Ständiger Vertreter Litauens bei der OSZE, erläutert die Prioritäten des Vorsitzes. Wien, 19. Januar 2010. (OSZE/Susanna Lööf)

Litauen tritt den OSZE-Vorsitz nach Kasachstan an, das ein intensives Arbeitsjahr lang mit energischer Hand die OSZE geführt hatte, dessen Höhepunkt das Gipfeltreffen in Astana im Dezember war. Die auf dem Gipfel verabschiedete *Gedenkklärung von Astana* ist die Bekräftigung aller OSZE-Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten und erteilt den Regierungen und Außenministern — also uns hier in Wien — den Auftrag, dafür Sorge zu tragen, dass diese Verpflichtungen umgesetzt werden. Sie fordert uns auch auf, neue Vorstellungen und Pläne für die Zukunft der OSZE zu entwickeln, damit diese ihre Lebensfähigkeit bewahren und neue Impulse für die Förderung von Sicherheit und Zusammenarbeit im euroatlantischen und eurasischen Raum geben kann.

Um die positive Dynamik von Astana beizubehalten, wird der litauische Vorsitz mit allen Teilnehmerstaaten eng zusammenarbeiten. Wir werden bestehende Strukturen wie den Ständigen Rat und den Vorbereitungsausschuss nützen. Wir haben die Absicht, das Potenzial der drei Fachausschüsse — des Sicherheitsausschusses, des Wirtschafts — und Umweltausschusses und des Ausschusses für die menschliche Dimension — auszuschöpfen. Wir werden mit den Teilnehmerstaaten und einzelnen Staatengruppen politische Gespräche führen — eine etablierte Praxis, die wir für sehr wichtig halten.

Die in den letzten zwei Jahren im Rahmen des Korfuprozesses geführten informellen Diskussionen auf Botschafterebene waren eine sehr zweckmäßige Übung, die wir natürlich fortsetzen wollen — wenn auch vielleicht nicht ganz so häufig wie bisher. Darüber hinaus haben wir die Absicht, sie durch noch informellere Treffen zu ergänzen, die Akteure aus den Teilnehmerstaaten und Vertreter der Wissenschaft an einen Tisch bringen sollen. Derartige „track two“-Gespräche haben sich in vielen internationalen Organisationen bewährt. Ich denke, wir könnten alle davon profitieren, da sie uns einen Blick über den eigenen Tellerrand hinaus ermöglichen und neue Ideen hervorbringen, die in der Folge vielleicht von unseren Teilnehmerstaaten aufgegriffen werden.

WENIGER PLANEN UND MEHR HANDELN

Im Vorfeld des Gipfeltreffens von Astana arbeiteten wir an einem „Aktionsrahmen“, der als Aktionsplan für die Organisation gedacht war. Es stellte sich aber heraus, dass kein Konsens über das Dokument als Ganzes erzielt werden konnte. Dennoch lieferte es uns viele nützliche Ideen, von denen wir einige als Arbeitsergebnisse an den Ministerrat von Wilna in Dezember weiterleiten möchten.

Der litauische Vorsitz wird bestrebt sein, sich weniger auf „Planen“ und mehr auf „Handeln“ zu konzentrieren. Das entspricht dem Geist der *Gedenkklärung von Astana*, und daran wird auch die OSZE gemessen werden. Unsere Staats- und Regierungschefs erwarten von uns pragmatische Schritte zur Schaffung von Frieden im OSZE-Raum. Sie erwarten von uns verstärkte Bemühungen, um die Voraussetzungen zu schaffen, die uns die Lösung anhaltender Konflikte ermöglichen. Wir

sind zu realistisch, um zu erwarten, dass das sozusagen über Nacht geschieht. Aber wir müssen Initiativen ergreifen, die uns einer Beilegung der nach wie vor im OSZE-Raum bestehenden Langzeitkonflikte näher bringen. Daher werden wir versuchen, in die vorhandenen Verhandlungsformate neuen Schwung zu bringen, um zu sehen, was wir gemeinsam bewirken können.

Dafür ist nicht nur ein politischer Prozess erforderlich, der von der obersten Ebene ausgeht. Es braucht auch eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen, die von unten nach oben wirken. Dazu gehören verstärkte Kontakte zwischen den Parteien, größere Transparenz, die Durchführung gemeinsamer Projekte und die Feststellung gemeinsamer Bedürfnisse und Interessen. Die wirtschaftliche Dimension ist ein gutes Beispiel, wie man die Konfliktfolgenbeseitigung in Gang bringen kann. Es gibt einige Beispiele in der OSZE. Das Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, das von der OSZE-Mission in Georgien vor einigen Jahren durchgeführt wurde und leider eingestellt werden musste, war ein großer Erfolg. Wir sollten uns derartigen Maßnahmen im Hinblick auf ihr Potenzial ansehen, nicht nur was bestehende Konflikte, sondern auch Konfliktverhütung und Frühwarnung anbelangt.

Die *Gedenkerklärung von Astana* stellt fest, dass der Dialog über Energiesicherheit verstärkt werden muss. Es gibt viele andere Organisationen, die auf die eine oder andere Weise mit dieser Frage befasst sind. Da Energiefragen jedoch zunehmend Sicherheit und Zusammenarbeit betreffen, halte ich es für wichtig, hier eine Nische für die OSZE zu finden, vielleicht durch die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex, herauszufinden, auf welche Weise die Teilnehmerstaaten das Vertrauen und die Zusammenarbeit im Bereich der Energiesicherheit verstärken könnten. Auch im Bereich der Verkehrssicherheit möchten wir die erfolgreiche Arbeit des kasachischen Vorsitzes fortsetzen.

Grenzüberschreitende Bedrohungen sind für alle Teilnehmerstaaten eine Bedrohung und selbstverständlich multilateral zu bekämpfen. Wir möchten konkrete Fortschritte bei der Stärkung der Fähigkeiten der OSZE und der Teilnehmerstaaten für Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Stärkung des Grenzmanagements, insbesondere in Zentralasien und in Bezug auf Afghanistan, erzielen. Das sind die Ziele, die wir für realisierbar halten, wo wir möglicherweise sogar bis Jahresende Ergebnisse vorweisen können. Die Sicherheit im Internet ist ein weiterer Bereich, in dem wir uns nach Kräften bemühen sollten, eine Strategie zu entwickeln.

Der litauische Vorsitz wird ein Gutteil seiner Energie in die menschliche Dimension investieren, und wir haben etliche Bereiche identifiziert, denen wir verstärkte Aufmerksamkeit zukommen lassen möchten. Der erste ist der Pluralismus in den Medien und die Sicherheit von Journalisten. Wir beabsichtigen, verschiedenste Fachleute, nicht nur aus dem Medien-, sondern auch dem polizeilichen Bereich, Politiker, NROs und von Think Tanks zu Gesprächen über verbesserte Sicherheit für Journalisten zusammenzubringen. Es gibt Vorfälle, viele äußerst beklagenswerte Fälle von Gewalt gegen Journalisten im OSZE-Raum. Wir müssen konstruktiv, praktischer und pragmatischer denken, um wirklich gute Vorschläge auszuarbeiten und bis Jahresende einige gute Beschlüsse zustandezubringen.

Wir sollten uns damit auseinandersetzen, wie wir Bildung und Erziehung zur Verhütung von Hassverbrechen, zur Bekämpfung von Vorurteilen und zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung einsetzen können. Wir wünschen uns eine breitere

Auslegung des Begriffs Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der sowohl formelle als auch informelle Bildungsprogramme und Initiativen für und von Medien, aber auch die Zivilgesellschaft beinhalten sollte.

VERSCHIEDENSTE FACHKOMPETENZEN UNTER EINEM DACH

Seit vielen Jahren schon leistet das Sekretariat großartige Arbeit. Wir sind der Auffassung, dass die Teilnehmerstaaten diese wertvolle Ressource besser nützen könnten. Grenzüberschreitende Bedrohungen stellen vermutlich den wichtigsten Bereich dar, in dem wir die Aufgabenbereiche der einzelnen Sekretariatsdienststellen zusammenführen könnten. Im Rahmen des Korfu-Prozesses gab es ausgezeichnete Vorschläge, wie man im Sekretariat eine Routine einrichten könnte, um Frühwarninformationen in der ganzen Organisation sammeln und zielgerichtet einsetzen zu können. Wir haben auch vor, diese Gespräche fortzusetzen, und werden das Sekretariat bitten, ein Bündel guter Ideen auszuarbeiten, die man zur Diskussion stellen könnte. Wir hoffen, dass es uns damit bis Jahresende gelingt, ein Konfliktverhütungspaket zu schnüren, das von den Ministern in Wilna verabschiedet werden kann.

Eine der Hauptaufgaben des litauischen Vorsitzes wird die Besetzung etlicher Schlüsselpositionen sein, insbesondere die Bestellung eines neuen Generalsekretärs. Litauen wird eingehende Konsultationen mit den Teilnehmerstaaten führen, um sicherzustellen, dass der Prozess völlig transparent ist. Die entscheidenden Auswahlkriterien werden Erfahrung, Führungsqualität und Integrität sein.

Die Feldoperationen mit ihren spezifischen und spezialisierten Programmen sind für uns der starke rechte Arm der OSZE. Wir bedauern den Umstand, dass unser Nachbarland Belarus beschlossen hat, das Mandat des Büros in Minsk nicht zu verlängern. Wie viele andere Teilnehmerstaaten sind auch wir der Auffassung, dass für die OSZE in Belarus noch viel zu tun ist und dass diese Arbeit ohne das Büro undenkbar gewesen wäre.

Der Amtierende Vorsitzende hat angekündigt, dass er im Laufe seiner Amtszeit allen Feldoperationen ein Besuch abstatten möchte. Dort wird kontinuierlich viel Gutes geleistet. Wir müssen diese Arbeit konsolidieren und dafür sorgen, dass alle Feldoperationen ihre Aufgaben praxisorientiert und kooperativ erfüllen können. Vielleicht sollte man die Rolle der Gastländer noch stärker betonen, damit wir die Ziele auf eine Weise verwirklichen, die auf Langfristigkeit, über die Präsenz der OSZE vor Ort hinaus, ausgerichtet ist. Wir werden weiterhin eng mit allen Teilnehmerstaaten zusammenarbeiten und dabei einen überaus pragmatischen und ergebnisorientierten Ansatz verfolgen.

Abschließend möchte ich sagen, dass der litauische Vorsitz der OSZE bestrebt sein wird, pragmatische und praxisorientierte Schritte zu setzen. Selbst wenn es nur kleine Schritte sind: wenn sie sinnvoll sind und Hand und Fuß haben, werden sie etwas bewirken.

Botschafter Renatas Norkus ist Ständiger Vertreter Litauens bei der OSZE. Während des litauischen Vorsitzes 2011 führt er den Vorsitz im Ständigen Rat, dem Beschlussfassungsorgan der Organisation, das allwöchentlich in Wien zusammentritt.



OSZE-Gipfel Astana 2010

„E in Triumph des gesunden Menschenverstands.“ So charakterisierte der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew das erste Treffen der OSZE auf höchster Ebene seit elf Jahren bei der Eröffnung des OSZE-Gipfeltreffens im Palast der Unabhängigkeit in Astana am 1. Dezember 2010. An die 40 Staats- und Regierungschefs, mehr als ein Dutzend Staatsminister und andere hochrangige Vertreter aus den OSZE-Teilnehmerstaaten, den Kooperationspartnern und von internationalen und regionalen Organisationen nahmen an dem zweitägigen Treffen teil. Nach intensiven Verhandlungen, die bis in die Nacht des zweiten Tages dauerten, fanden die Teilnehmerstaaten zu einem Konsens über die Verabschiedung der *Gedenkerklärung von Astana — Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft*, in der sie sich erneut „zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft“ bekannten, „deren Grundlagen vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind“.

In der *Gedenkerklärung von Astana* räumten die Teilnehmerstaaten ein, dass sie noch mehr tun müssen, um sicherzustellen, dass ihre Kernverpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension, in der Wirtschafts- und Umweltdimension und in der menschlichen Dimension, insbesondere im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten, vollständig umgesetzt werden. Sie bekräftigten das Recht eines jeden Teilnehmerstaats, seine eigenen Sicherheitsvereinbarungen zu wählen, und gelobten, ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu festigen. Sie waren sich einig darüber, dass die Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Umweltfragen, insbesondere in Bezug auf die Energiesicherheit, weiter ausgebaut werden muss.

Die erstmals auf der Konferenz über die menschliche Dimension in Moskau 1991 erfolgte bahnbrechende Aussage, dass „im Bereich der menschlichen Dimension eingegangene

Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen“, wurde in Astana zum ersten Mal auf Ebene der Staats- und Regierungschefs zum Ausdruck gebracht. Das Dokument von Astana geht insofern darüber hinaus, als es erklärt, dass die Verpflichtungen in allen drei Sicherheitsdimensionen unmittelbare und berechtigte Anliegen für alle sind.

Die *Gedenkerklärung von Astana* fordert größere Anstrengungen zur Lösung bestehender Konflikte und erklärt, dass neue Krisen verhindert werden müssen. Sie äußert auch ihre Unterstützung für die Arbeit im Hinblick auf die Aktualisierung der im *Wiener Dokument 1999* enthaltenen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und ebnet der Wiederaufnahme von Verhandlungen über die konventionelle Rüstungskontrolle den Weg.

Der ungekürzte Wortlaut der *Gedenkerklärung von Astana* ist auf der öffentlichen Website der OSZE unter www.osce.org verfügbar.

Unmittelbar vor dem Gipfel wurde in Astana vom 26. bis 28. November der dritte und letzte Teil der vorbereitenden Überprüfungskonferenz abgehalten — die Teile eins und zwei hatten in Warschau bzw. Wien stattgefunden; ihr Zweck war eine Bestandsaufnahme der Fortschritte und verbleibenden Herausforderungen in Bezug auf die Verpflichtungen der Organisation in den drei Sicherheitsdimensionen durch die Teilnehmerstaaten. Im Mittelpunkt der Überprüfung in Astana standen die Verpflichtungen zur menschlichen Dimension, insbesondere in Bezug auf die Bekämpfung des Menschenhandels und die Förderung der Medienfreiheit. Am 26. November veranstaltete der Vorsitz auch ein Forum für die Zivilgesellschaft. Am 29. November wurde parallel dazu eine unabhängige NRO-Konferenz abgehalten, die von Kasachstan unterstützt wurde.

◀ Die Staats- und Regierungschefs beim Familienfoto vor der Eröffnung des OSZE-Gipfeltreffens von Astana am 1. Dezember 2010. Von links nach rechts: der Amtierende Vorsitzende der OSZE 2010 und Außenminister Kasachstans, Kanat Saudabajew, Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut, der Präsident Kasachstans Nursultan Nasarbajew, der Präsident der Russischen Föderation Dmitri Medwedew, die Bundeskanzlerin Deutschlands Angela Merkel. (OSZE/Wladimir Trofimtshuk)



Herbert Salber (Mitte) im Gespräch mit Kollegen aus dem Konfliktverhütungszentrum, Pascal Heyman (links) und Kathleen Samuel (vorne links), während des OSZE-Gipfels am 1. Dezember 2010 (OSZE/Wladimir Trofimtshuk)

INTERVIEW MIT HERBERT SALBER, DIREKTOR DES KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUMS

Ergebnisse und Herausforderungen

Am 1. Februar 2011 sprach Herbert Salber, der das Konfliktverhütungszentrum in Wien leitet, mit der Redakteurin des Magazins, Ursula Fröse, über die Ergebnisse des OSZE-Gipfeltreffens in Astana und wie es weitergehen soll.

Ursula Fröse: Wie lautet, zwei Monate nach dem Gipfeltreffen von Astana, Ihre Bilanz in Bezug auf seine Ergebnisse und Enttäuschungen?

Herbert Salber: Nach einem solchen Ereignis muss man sich immer fragen „Ist das Glas halb voll oder ist es halb leer?“ Ich würde ohne zu zögern sagen, das Glas ist mehr als halb voll. Der Gipfel hat eine politische Erklärung hervorgebracht, einen sehr guten Text, einen soliden Text, der kurz und verständlich ist und dem die breitere Öffentlichkeit entnehmen kann, dass der OSZE-Acquis nach wie vor Gültigkeit hat.

Wir finden in dieser Erklärung ein ganz starkes erneutes Bekenntnis zu den Standards, Normen und Werten der OSZE, insbesondere in der menschlichen Dimension — was mich, ehrlich gestanden, überrascht hat.

Lassen Sie uns das Kind beim Namen

nennen: Die OSZE-Verpflichtungen und -Standards wurden im Laufe der Zeit ausgehöhlt, was angesichts der Veränderungen des politischen Umfeldes und neuer Vorstellungen nur natürlich ist. So gesehen ist also eine Erklärung, die mit großem Nachdruck auf die *Schlussakte von Helsinki*, die *Charta von Paris* und das *Dokument von Istanbul* verweist, an sich schon eine gute Sache. Ich glaube nicht, dass vor Astana viele etwas Derartiges erwartet hätten.

Es ist in der OSZE, sogar auf Ministerebene, immer schwierig, einen Konsens über eine politische Erklärung zu finden. Seit dem Ministerstatstreffen von Porto 2002 gab es keine einzige politische Erklärung der OSZE. Dieses Mal hat es sogar auf Ebene der Staats- und Regierungschefs funktioniert. Das sollten wir nicht unterschätzen.

Die *Gedenkerklärung von Astana* zählt nicht nur Verpflichtungen, sondern auch einige Aufgaben auf, etwa in einem Bereich, der für die europäische Sicherheit besonders wichtig ist: Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die Erklärung nimmt unmissverständlich Bezug auf den *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)*, der — auch wenn er nicht direkt in den OSZE-Zuständigkeitsbereich fällt — ein Eckpfeiler der europäischen Sicherheit und daher eine Angelegenheit ist, die für die Teilnehmerstaaten ein höchst legitimes Interesse darstellt. Übrigens wurde der *KSE-Vertrag* in den sogenannten Rahmen für Rüstungskontrolle der Erklärung von Lissabon 1996 aufgenommen.

Die in Astana verabschiedete Erklärung enthält eine ausdrückliche Verpflichtung, ernsthafte Verhandlungen über eine Aktualisierung des *Wiener Dokuments 1999* aufzunehmen. Im letzten Jahrzehnt haben sich die Dinge verändert, was auch im Dokument zum Ausdruck kommen muss, allein schon, um dem aktuellen Stand der Technik zu genügen. Hier sind also die Weichen gestellt.

Also lauter gute Gründe für die Auffassung, dass das Ergebnis des Gipfeltreffens von Astana, die *Gedenkerklärung von Astana*, ein sehr solides Resultat darstellt.

Natürlich gab es auch Enttäuschungen. Man war enttäuscht, weil man sich von Astana mehr erhofft hatte, nämlich die Eini-gung auf einen Aktionsplan. Ich habe, ehrlich gesagt, nie verstanden, wie diese Erwartungshaltung zustande kam und weshalb man so beharrlich an ihrer Erfüllung festhielt. Es gab einen Entwurf für ein Dokument — keinen Aktionsplan im eigentlichen Sinn, man sprach von einem Aktionsrahmen —, aber dieser Rahmen enthielt nur eine Aufzählung der Bereiche, in denen weitergearbeitet werden sollte. Er bezog sich in keiner Weise auf die Qualität oder die Intensität dieses Unterfangens oder auf den dahinter stehenden politischen Willen. Die *Gedenkerklärung von Astana* bleibt, was die Aufzählung einzelner Aufgaben betrifft, vage. Das Dokument enthält jedoch auch nichts, was die Arbeit an einer dieser Aufgaben blockieren würde.

Und über 98 Prozent des gesamten Inhalts des Aktionsrahmens gab es ja keinerlei Auffassungsunterschiede. Die Divergenzen bezogen sich auf die Langzeitkonflikte. Aber auch hier finden wir in der Erklärung die Zusage der Teilnehmerstaaten, ihre Bemühungen zu intensivieren, um mit der Lösung der Langzeitkonflikte voranzukommen. Also wurde auch dieser Bereich nicht vergessen. Derzeit ist es allerdings äußerst schwierig, die Langzeitkonflikte und unsere diesbezügliche Position in einer konsensfähigen Sprache zu beschreiben.

Hat sich die Arbeit des Konfliktverhütungszentrums durch das Gipfeltreffen verändert?

Ich würde nicht sagen, dass sie sich geändert hat. Der Gipfel war auch eine Aufforderung zur Fortsetzung unserer bisherigen Arbeit, eine Bestätigung dafür, dass die OSZE auf dem richtigen Weg ist. Wir beraten den Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Langzeitkonflikte; wir arbeiten mit unseren Feldoperationen. Diese erfüllen eine wichtige Funktion, insbesondere im Falle von Moldau, und wir werden allen Seiten in dem Konflikt auch weiterhin Vorschläge verschiedenster Art unterbreiten und ihnen dabei helfen, mögliche Lösungen ins Auge zu fassen. Diese Arbeit erfordert Geduld und wird nicht schon morgen erledigt sein.

Letztendlich sind es die Konfliktparteien, die die Konflikte

beilegen müssen. Wir können zwar von außen Lösungen vorschlagen, alle Arten vertrauensbildender Maßnahmen vorschlagen, doch liegt es an den Konfliktparteien, die entsprechenden Schritte zu setzen. Es ist natürlich auch eine Frage des richtigen Zeitpunkts. Das haben wir im Fall des Transnistrien-Konflikts gesehen. Hier gab es innenpolitisch ziemlich schwierige Zeiten in Moldau, die hoffentlich bald ausgestanden sein werden. Es kam zu einer Verfassungskrise. Nach den Wahlen war es nicht so einfach, eine Regierung zu bilden, und insbesondere die Wahl eines neuen Präsidenten erwies sich als äußerst schwierig. Nicht alle Schwierigkeiten wurden ausgeräumt. Unter solchen Verhältnissen ist es sehr schwer, maßgebliche Schritte zu setzen. Was wir und die Feldoperationen jedoch gemeinsam mit dem Vorsitz derzeit tun, ist Hilfestellung in Form vieler kleiner Schritte anzubieten, um den Weg für Fortschritte zu ebnen.

Der Gipfel wurde in den Medien weitgehend negativ beurteilt. War das gerechtfertigt?

Sie haben recht, die Medienberichte über den Gipfel waren fast im gesamten OSZE-Raum nicht gerade positiv. Das hat damit zu tun, dass es generell schwierig ist, Ergebnisse richtig wahrzunehmen. Was ist in der internationalen Diplomatie ein Ergebnis? — In einer multilateralen Diplomatie, wenn man es weltweit mit vielen parallel ablaufenden Prozessen zu tun hat, von denen man nur schwer sagen kann, wohin sie führen und wie man sie zu einem Prozesszusammenführen könnte, um den sich eine Organisation wie die OSZE bemüht: zu einem gemeinsamen kooperativen Prozess, der die Sicherheit im Raum von Vancouver bis Wladiwostok stärkt? Um dieses Ziel geht es ja letzten Endes. Und so gesehen verstehe ich jeden, der Schwierigkeiten damit hat, richtig einzuschätzen, wo wir stehen. Aber möglicherweise kann überhaupt niemand für sich das Recht in Anspruch nehmen, unsere Situation richtig einzuschätzen, denn dabei geht es nur um persönliche Wahrnehmungen und nichts anderes.

Im konkreten Fall des Gipfeltreffens von Astana dauerten die Verhandlungen bis in die Nacht, fast zwölf Stunden länger als das geplante Ende der Veranstaltung. Und Journalisten, die diese letzte Sitzung miterlebt haben, bekamen die eher negativen Interpretativen Erklärungen einiger Teilnehmerstaaten zu hören, in denen deren Enttäuschung über die misslungene Verabschiedung eines Aktionsrahmens zum Ausdruck kam. Natürlich war dann auch die Versuchung groß, einzelne tatsächlich radikale Formulierungen herauszupicken, bis hin zur Infragestellung der Bedeutung der Organisation.

Ich selbst habe mich mit einem Korrespondenten unterhalten, der den Gipfel anfänglich so negativ beurteilte und später, mit einem gewissen Abstand, bereit war, die Ergebnisse zu überdenken und anders zu bewerten, im Lichte dieser Erklärung, im Lichte der insgesamt guten Atmosphäre während des gesamten Gipfels. Wir müssen auch anerkennen, wie groß der politische Wille zur Zusammenarbeit von allen Seiten war, insbesondere unter den großen Akteuren, den Vereinigten Staaten, der Russischen Föderation und der Europäischen Union, die sich bis zum letzten Augenblick darum bemühten, gemeinsam einen Konsens zum Aktionsrahmen herbeizuführen. Auch das ist nicht unwichtig.

Nur einige wenige Wochen nach dem neuerlichen Bekenntnis der Teilnehmerstaaten zu den OSZE-Prinzipien haben wir erlebt, dass in manchen Teilnehmerstaaten politische Proteste unterdrückt wur-

den, wobei ich konkret die Verhaftung von Demonstranten nach den Präsidentenwahlen in Belarus meine. Ist es da ein Wunder, dass Menschen die Fähigkeit der OSZE infrage stellen, ihre Verpflichtungen umzusetzen?

Verfügt denn die OSZE über Instrumente, um ihre Verpflichtungen durchzusetzen? Das ist eine gute Frage. Ich würde sie mit „Jein“ beantworten. Sie hat genaugenommen weder Waffen noch Knüppel, so viel steht fest. Aber die Teilnehmerstaaten haben die Möglichkeit zum Meinungsaustausch, sie können versuchen, einander von ihren mitunter sehr divergierenden Standpunkten zu überzeugen. Die OSZE bietet Gelegenheit, diesen großen Dialog zwischen 56 Teilnehmerstaaten nicht abreißen zu lassen, jede Woche immer wieder neu zu überlegen, was Sicherheit, was eine Sicherheitsgemeinschaft, die eines Tages von Vancouver bis Wladiwostok reichen mag, bedeuten. Und in dieser Hinsicht ist die OSZE ein Forum, für das es kaum einen Ersatz gibt. Ich denke, wenn wir dieses Forum nicht mehr hätten, würde uns etwas fehlen.

Die Erklärung von Astana verweist auch auf die Bedeutung einer Einbeziehung der OSZE-Kooperationspartner. Angesichts des Umbruchs, den unsere Mittelmeerpartner Tunesien, Ägypten und auch Jordanien in den letzten Wochen erlebten, stellt sich die Frage, welche Unterstützung die OSZE hier anbieten kann.

Was am südlichen Ufer des Mittelmeeres, also in solcher Nähe geschieht, ist für die OSZE-Teilnehmerstaaten natürlich äußerst wichtig. Das ist schließlich auch der Grund, weshalb Länder in diesem Teil der Welt unsere Partner sind. Die Kooperationspartner wissen, was die OSZE bisher getan hat, wie sie mit ähnlichen Konflikten umgegangen ist, sie wissen also, wie wir vorgehen würden. Und ich kann mir vorstellen, dass die

OSZE-Teilnehmerstaaten und der Vorsitz dialogbereit sind. Natürlich müssen wir berücksichtigen, dass es sich um Kooperationspartner und nicht um Teilnehmerstaaten handelt, daher wäre es klug, erst einmal herauszufinden, was sie sich von uns diesbezüglich — wenn überhaupt — erwarten. Wenn unsere Meinung, unser Rat, unsere Herangehensweise für sie von Interesse sind, dann werden wir diese sicherlich bereitwillig mit ihnen teilen. Der Amtierende Vorsitz hat bereits durchblicken lassen, dass die Organisation bereit ist, auf Ersuchen der Partnerländer diesen ihre Expertise zur Verfügung zu stellen.

Das tun wir übrigens schon sehr intensiv mit einem unserer Kooperationspartner in Asien, nämlich mit Afghanistan. Wir führen Aus- und Fortbildung für afghanische Beamte durch — und zwar nicht in Afghanistan selbst, sondern in unseren Teilnehmerstaaten in Zentralasien. Das heißt, dass das Engagement für Partner unterschiedlich weit gehen kann. Hier hängt natürlich auch viel vom Standpunkt des jeweiligen Partners ab.

Wie geht es nun weiter?

Wir haben genügend Aufgaben auf der To-do-Liste, arbeiten wir sie also ab, halten wir uns an den Aktionsplan oder den Aktionsrahmen, der schließlich weitgehend der Arbeit des Korfu-Prozesses entspricht. Es geht jetzt darum, die richtigen Entscheidungen zu treffen, diejenigen Fragen auszuwählen, die für eine weitere Erörterung und zu gegebener Zeit für Verhandlungen zwischen den Teilnehmerstaaten Erfolg versprechend scheinen. Dafür werden diplomatisches Geschick und Engagement erforderlich sein.

Bewertung der Ergebnisse von Astana — Expertenrunde in Wien

Die Bedeutung des Bekenntnisses der Teilnehmerstaaten zur Vision der OSZE als einer Sicherheitsgemeinschaft war nur eines der Themen der ersten Expertenrunde in Wien, die von der Unterabteilung Presse- und PR-Arbeit des Sekretariats am 13. Dezember 2010 in der Wiener Hofburg veranstaltet wurde. Die Runde gab hohen OSZE-Beamten und Diplomaten, darunter dem Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut, dem kasachischen Botschafter Kairat Abdrachmanow und dem litauischen Botschafter Renatas Norkus Gelegenheit, Referate von 16 führenden Wissenschaftlern aus der gesamten OSZE-Region zu hören und die Ergebnisse des OSZE-Gipfels aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten. Die Experten diskutierten offen die Rolle der OSZE im Kontext der sich verändernden Sicherheitslandschaft, einschließlich der veränderten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland und der zunehmenden Bedeutung der eurasischen Perspektive. Sie gingen auf die Herausforderungen ein, mit denen Länder konfrontiert sind, die in keine der wichtigen Interessengruppen fallen, auf neue Sicherheitsbedrohungen wie Korruption, illegaler Handel und Terrorismus und den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Menschenrechten. Die Veranstaltung wurde von der Ständigen Mission Deutschlands bei der OSZE sowie von Kasachstan unterstützt.



Teilnehmer an der Podiumsdiskussion der Wiener Expertenrunde, 13. Dezember 2010. Von links nach rechts: OSZE-Sprecherin Virginie Coulloudon, Ständiger Vertreter Kasachstans bei der OSZE, Botschafter Kairat Abdrachmanow, Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut, Direktor des Konfliktverhütungszentrums Herbert Salber (OSZE/Ursula Froese)

Ein Diskussionsbericht ist auf der öffentlichen Website der OSZE unter folgender Adresse verfügbar: <http://www.osce.org/home/75836>.



Gipfel-Streiflichter

In Plenarsitzungen, Ausschusssitzungen, bilateralen Beratungen und unendlich vielen Gesprächen hatten die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner auf dem Gipfeltreffen der OSZE Gelegenheit, einander über ihre unzähligen Auffassungen und Anliegen in Kenntnis zu setzen. Auf den folgenden Seiten erfahren wir von einigen Leitern von Gipfeldelegationen, warum dieses Treffen wichtig für sie war.

„In Astana überschritt die OSZE die Schwelle ins einundzwanzigste Jahrhundert. Dieser mutige Schritt war ein Erfolg, der die gesamte Organisation einte und den Anstoß zu ihrer Erneuerung gab. Nicht ohne Stolz wage ich zu behaupten, dass der OSZE-Vorsitz Kasachstans für diesen Erfolg wesentlich war.“

Ich möchte darauf hinweisen, dass am Rednerpult des OSZE-Gipfeltreffens zahlreiche Vorschläge gemacht wurden, in denen die gemeinsame Motivation aller Teilnehmerstaaten betont wurde, die Organisation auf eine neue und höhere Ebene zu führen. Genau das ist der „Geist von Astana“, der in einer schwierigen und offenen Diskussion offenbar wurde.“

Nursultan Nasarbajew, Präsident von Kasachstan, das 2010 den OSZE-Vorsitz innehatte.

„Das Ziel unserer Organisation ist ganz klar: nämlich der Aufbau einer wirklich demokratischen Sicherheitsgemeinschaft, in der es keine Trennlinien gibt, in der Verpflichtungen erfüllt werden, die Anwendung von Gewalt undenkbar ist und die Menschenrechte und Grundrechte uneingeschränkt geachtet werden. Schaffen wir das?“

Was ich damit in erster Linie sagen möchte ist, dass wir trotz der vielen Herausforderungen und Probleme interner, externer und globaler Natur auch einsehen müssen, dass — egal wie groß die Organisation ist, wie fähig und engagiert der Vorsitz arbeitet — wir uns auf einige Anliegen und Probleme konzentrieren müssen, bei denen wir etwas erreichen können. Ist das heute der Fall? Die Zeit wird es weisen. Ich möchte, dass wir uns auf die Themen konzentrieren, bei denen wir wirklich für unsere Länder, unsere Mitglieder und für die Region im Allgemeinen etwas voranbringen können.“

Dalia Grybauskaite, Präsidentin von Litauen, in ihrer Rede vor dem Plenum des OSZE-Gipfeltreffens. Litauen führt derzeit den Vorsitz in der OSZE.

„Die *Gedenkerklärung von Astana*, die auf dem Gipfeltreffen verabschiedet wurde, betont nicht nur das Bekenntnis der 56 Teilnehmerstaaten zu den Grundsätzen, auf denen die Organisation beruht, sondern bekräftigt, dass sie alle ein berechtigtes Interesse daran haben, dass die Menschenrechte in der gesamten OSZE-Region geschützt werden. Dies ist eine wichtige Anerkennung der Universalität und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte, und deren Aufnahme in die Erklärung ist ein äußerst positives Ergebnis des Gipfeltreffens.“

Irland wird als Amtierender Vorsitz der OSZE im Jahr 2012 auf dem Erfolg von Astana aufbauend alles tun, um für die volle Umsetzung der Verpflichtungen in allen Dimensionen der Sicherheit Sorge zu tragen.“

Eoin O’Leary, Ständiger Vertreter Irlands bei der OSZE. Irland wird 2012 den Vorsitz der Organisation übernehmen.

„Unsere gemeinsame Vision, aus dem Sicherheitsraum der OSZE eine echte Sicherheitsgemeinschaft zu machen, hat uns alle in Astana zusammengeführt. Mit dem Korfu-Prozess, der unter dem Vorsitz Griechenlands im Jahr 2009 aufgenommen wurde, haben wir dieser Vision eine konkrete Perspektive gegeben, die heute in Kasachstan gefestigt wird. Es ist wirklich eine Wiederbelebung des Geistes der Kooperation und des Dialogs, der für die Erhaltung von Frieden und Stabilität im OSZE-Raum und darüber hinaus so dringend benötigt wird.“

Giorgios Papandreou, Ministerpräsident von Griechenland, OSZE-Vorsitz 2009.

„Zweifelsohne war das Wichtigste, dass nach elf Jahren ein OSZE-Gipfeltreffen abgehalten wurde. Das Gipfeltreffen bekräftigte erneut, dass alle OSZE-Teilnehmerstaaten gleichermaßen ein und derselben Wertegemeinschaft angehören, und legte somit die Basis für die Schaffung einer strategischen Vision und einer echten Sicherheitsgemeinschaft, um Frieden und Stabilität von Vancouver bis nach Wladiwostok zu gewährleisten.“

Claudi Benet Mas, Minister für Fremdenverkehr und Industrie von Andorra.

„Dies ist ein bedeutsames Treffen für die OSZE, nicht nur weil es das erste Gipfeltreffen seit 1999 sondern der allererste Gipfel östlich von Istanbul ist. Und wir haben die Gelegenheit, sofern wir sie ergreifen, in der heutigen Organisation den epochemachenden Geist von Helsinki wiederaufleben zu lassen und in das einundzwanzigste Jahrhundert mitzunehmen.“

Wir müssen uns mit gravierenden Defiziten bei der Umsetzung unserer Verpflichtungen in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auseinandersetzen. Die Ermächtigung der Zivilgesellschaft ist der Schlüssel für die Zukunft dieser Region und der OSZE-Region insgesamt.

Ich glaube, dass unsere Bekräftigung der Prinzipien von Helsinki von einer Fokussierung auf die Umsetzung begleitet sein sollte. Sehen wir uns ohne Scheuklappen an, wo es Schwachstellen in der Umsetzung gibt, und richten wir unseren Aktionsrahmen auf diejenigen Bereiche aus, wo wir mehr tun müssen.“

Hillary Rodham Clinton, Außenministerin der Vereinigten Staaten, in ihrer Rede vor dem Plenum des OSZE-Gipfeltreffens.

„Österreich nahm an der Gründung der OSZE in den siebziger Jahren maßgeblichen Anteil. Der damalige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky war ein starker Befürworter dieses Dialogs über die Grenzen verschiedener sozialer Systeme hinaus. Die OSZE ist eine Erfolgsgeschichte, sie hat wertvolle Arbeit geleistet. Österreich plädierte stark für die Abhaltung eines weiteren Gipfeltreffens; für Österreich und für mich persönlich war es selbstverständlich, dass wir wie viele andere Staaten auf höchster Ebene vertreten sein würden. Die hier behandelten Themen sind äußerst wichtig. Dies ist eine Gelegenheit, interessante bilaterale Gespräche zu führen und grundlegende Fragen mit dem Gastgeber, Präsident Nasarbajew, zu erörtern. Ich bin wirklich froh gekommen zu sein.“

Heinz Fischer, Bundespräsident von Österreich.

„Dies ist eine einmalige und lange erwartete Gelegenheit, eine ganze Reihe internationaler Probleme, die sich angesammelt haben, auf höchster Ebene zu erörtern. Dazu ist eine objektive Analyse der gegenwärtigen Situation der Organisation erforderlich. Wir müssen die Hauptprioritäten der OSZE für die Zukunft festlegen. Das wird nicht einfach sein, da die Teilnehmerstaaten der Organisation ihre Rolle als internationales ordnungsrechtliches Instrument unterschiedlich sehen. Dennoch wird es notwendig sein, einen allgemein akzeptierten Ansatz für die zukünftige Entwicklung der OSZE festzulegen.“

Aleksandr Lukaschenka, Präsident von Belarus.

„Alle OSZE-Länder sind hier vertreten, und wir haben alle unseren Willen bekundet, diese Organisation weiter zu stärken. Ich hoffe wirklich, dass wir von nun an wieder alle zwei oder drei Jahre zusammenkommen, denn Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis sind im Bereich der Sicherheit äußerst wichtig.“

Ich glaube, dass der menschliche Faktor als sogenannter dritter Pfeiler dieser Zusammenarbeit nach dem politisch-militärischen und dem wirtschaftlichen besonders wichtig ist. Meiner Einschätzung nach vertreten alle Länder diesen Standpunkt, nicht nur Ungarn. Minderheitenrechte, Nationalitätenrechte, grundlegende Menschenrechte sind Themen, die in sämtlichen meiner bilateralen Treffen zur Sprache kamen.“

Pal Schmitt, Präsident von Ungarn.

„Monaco ist stolz darauf, zu den Unterzeichnerstaaten der *Schlussakte von Helsinki* zu gehören. Mein Vorgänger, André Saint-Mleux, damals Staatsminister, lebt noch. Monaco misst der OSZE große Bedeutung bei und versucht, einen seiner Größe entsprechenden Beitrag zu leisten. So ist es uns z. B. gelungen, eine Reihe kleiner Staaten — bisher Andorra, San Marino und Liechtenstein — zusammenzubringen, die gemeinsam OSZE-Projekte im Bereich der Bekämpfung des Kinderhandels zu unterstützen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist für uns der Umweltschutz, ein wichtiges Anliegen des Fürsten. Alleine die Tatsache, dass dieses Treffen von Staats- und Regierungschefs stattfindet, ist schon ein Zeichen des Fortschritts, selbst wenn die Ergebnisse vielleicht nicht ganz den Erwartungen entsprechen werden.“

Michel Roger, Staatsminister von Monaco.

„Zunächst ist dies eine einmalige Chance, die gesamte Organisation auf einen neuen Weg zu bringen. Es geht nicht nur darum, einen Blick zurück sondern auch in die Zukunft zu tun, und dafür gibt es heute und morgen ausgiebig Gelegenheit. Außerdem ist es auch eine Gelegenheit, ausführliche Einzelgespräche zwischen unseren Ländern zu führen.“

Die Niederlande unterstützen die Vorstellung, dass die OSZE langfristig eine Sicherheitsgemeinschaft werden sollte. Für uns ist das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE von fundamentaler Bedeutung. In seinem Zentrum stehen die Förderung und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.“

Mark Rutte, Ministerpräsident der Niederlande.

„Praktisch alle OSZE-Teilnehmerstaaten sind sich heute darin einig, dass Trennlinien der Vergangenheit angehören müssen, dass alle Bürger, gleichgültig wo sie leben, das gleiche Recht auf Sicherheit haben, und alle Länder, unabhängig davon, welchem Bündnis sie angehören, gewährleisten müssen, dass ihr Tun nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Länder erfolgt, die nicht Teil dieser Bündnisse sind. Der Entwurf für ein politisches Gipfeldokument über die Schaffung einer Sicherheitsgemeinschaft in der OSZE-Region folgt diesem Geist.“

Heute, da uns keine ideologischen Hindernisse den Weg versperren und die militärische Konfrontation beendet ist, können und müssen wir mit gemeinsamen Kräften die vor uns liegenden Probleme lösen.“

Dimitri Medwedew, Präsident der Russischen Föderation, in seiner Rede vor dem Plenum des OSZE-Gipfeltreffens.

„Wir haben bei diesem Gipfeltreffen die Chance, in der OSZE eine neue Phase einzuleiten. Wir haben den Kalten Krieg begraben, aber es gibt immer noch Konflikte, die Ursache von Besorgnis und potenzieller Instabilität sind — einige nennen sie Langzeitkonflikte, andere eingefrorene Konflikte. Politik ist die Kunst des Möglichen, und ich glaube, dass jeder von uns zwar seine Überzeugungen in bestimmten Fragen nicht aufgeben, aber versuchen sollte, sich weiterzuentwickeln. Die Welt wird nicht auf uns warten. Sie wird sich weiterdrehen.“

Im Übrigen glaube ich, dass meine Anwesenheit hier insofern nützlich war, als ich die Mittelmeerdimension der OSZE hervorgehoben habe. Wir sollten diesen europäisch-mediterranen Blickwinkel niemals außer Acht lassen. Den Prozess für neue Partner aus dem Mittelmeerraum zu öffnen, wäre meiner Meinung nach für den Aktionsplan, der — wie ich hoffe — auf dem Gipfeltreffen verabschiedet wird, ein Schritt in die richtige Richtung.“

Anthony Borg, Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten von Malta.

„Für mich besteht der positive Aspekt dieses Gipfeltreffens darin, dass die Teilnehmerstaaten wieder in die OSZE-Agenda einsteigen wollen, damit die OSZE in Abrüstungsfragen einen Schritt weiter kommt.“

Die Slowakei hat als Vorsitz der Gemeinsamen Beratungsgruppe des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa dazu dadurch beigetragen, dass sie für einen Beschluss gesorgt hat, der 2011 zu inhaltlichen Verhandlungen führen wird.

Ich glaube, wir sollten endlich mit den gegenseitigen Schuldzuweisungen aufhören, weshalb die OSZE bisher ihrer Sendung nicht gerecht wurde. Ich glaube, es ist nun an der Zeit, der OSZE die Chance zu geben, ihre Aufgabe der Zusammenarbeit zu erfüllen.“

Ivan Gasparovic, Präsident der Slowakei.

„Dieses Gipfeltreffen bietet Gelegenheit für neue Impulse. Insgesamt sehen wir ein echtes Bemühen der Großmächte um eine Verbesserung, was auch die Sicherheit im OSZE-Raum verbessern sollte, und wir suchen auch nach neuen Wegen, dies zustande zu bringen. In diesem Zusammenhang sollte Zentralasien mehr ins Zentrum von OSZE-Angelegenheiten und auch in der allgemeinen internationalen Sicherheitsdebatte rücken. Das sollte mit einem Sicherheitskonzept verknüpft sein, das nicht nur auf militärische Sicherheitsbelange im engeren Sinn beschränkt ist, sondern auch Fragen der sogenannten nichtmilitärischen Sicherheit — z. B. Menschenrechte, Demokratie und Umgang mit Minderheiten — einschließt. Die OSZE braucht ein umfassendes und realisierbares Sicherheitskonzept, das sorgfältig errichtet werden muss. Vielleicht ist es nun an der Zeit, damit zu beginnen.“

Danilo Türk, Präsident von Slowenien.

„Aktuelle Themen auf der zukünftigen OSZE-Agenda sollten nicht nur im Zusammenhang mit potenziellen Sicherheitsbedrohungen gesehen werden, sondern auch im Sinne einer multilateralen und regionalen Zusammenarbeit und im Hinblick auf den Aufbau einer starken Basis für vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Staaten. Dieses Gipfeltreffen hat den Wunsch der Teilnehmerstaaten gezeigt, die Arbeit der OSZE zu verbessern und ihr Potenzial zu multiplizieren.“

Wir hoffen, dass unser Gipfeltreffen uns einen nüchternen Blick auf die Vergangenheit erlaubt, um neue Bedrohungen und Herausforderungen richtig einzuschätzen und koordinierte Ansätze für die weitere Förderung von Frieden und Stabilität in der OSZE-Region zu entwickeln. Tadschikistan wird alles tun, um die OSZE bei der Erfüllung ihrer neuen Aufgaben zu unterstützen.“

Emomali Rachmon, Präsident von Tadschikistan.

„Das Gipfeltreffen von Astana ermöglicht es uns, das grundlegende Konzept der kollektiven Sicherheit zu überdenken und es um einige wichtige Elemente zu ergänzen. Das Gipfeldokument hält eindeutig fest, dass Good Governance im Wirtschafts- und Umweltbereich wichtige Elemente der kollektiven Sicherheit sind. Das ist sehr wichtig und ein Erfolg.“

Ich glaube, dass das Gipfeltreffen eine Gelegenheit ist, den Moment eines kollektiven und wachsenden Bewusstseins dafür zu nützen, dass wir uns auf eine künftige Sicherheitsgemeinschaft zubewegen. Das allein ist schon ein großer Erfolg. Die Tatsache, dass das Gipfeltreffen in dieser Region stattfindet, ist bedeutsam; es geht von ihr eine starke Botschaft im Sinne der Unteilbarkeit und gegenseitigen Abhängigkeit unserer Sicherheit aus. Wir betrachten auch die Einbindung von OSZE-Kooperationspartnern im Mittelmeerraum, zu denen Marokko gehört, als Aufwertung, umso mehr, als die OSZE auch ein Instrument der präventiven Diplomatie ist. Wichtig ist die Erkenntnis, dass der gesamte OSZE-Raum, aber auch die ihn umgebenden Gebiete mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert sind und dass es sehr wichtig ist, sich diesen gemeinsam zu stellen.“

Latifa Akhbach, Außenministerin von Marokko, Kooperationspartner der OSZE.

„Dies ist das erste Mal, dass Thailand an einem OSZE-Gipfeltreffen teilnimmt, seit wir der Organisation 2000 als asiatischer Kooperationspartner beigetreten sind. Zehn Jahre später erkennen wir, dass wir nicht nur von den bewährten Verfahren, Grundsätzen und Werten der OSZE — insbesondere in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit — lernen können, sondern dass auch wir unsere Erfahrungen einbringen können. Als einziger Mitgliedstaat des Verbands südostasiatischer Nationen (ASEAN), der Mitglied des ASEAN-Regionalforums (ARF) und der Konferenz über Zusammenwirken und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) ist, sowie als Kooperationspartner der OSZE könnten wir ein Bindeglied zwischen diesen regionalen und subregionalen Sicherheitsorganen sein. Die Verbindung regionaler und subregionaler Sicherheitsorgane wird in der euroatlantischen und eurasischen Region Vertrauen aufbauen und die Sicherheit erhöhen.“

Kasit Piromya, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Thailand, Kooperationspartner der OSZE.

„Dieses Gipfeltreffen ist deshalb wichtig, weil sich die OSZE erneuert, d. h. eine Art Neugeburt beschlossen hat. Die Herausforderungen für ihr Mandat in Zentralasien, im Kaukasus und in anderen Gegenden sind enorm, und daher lautet ihr Auftrag auch weiterhin, die Gepflogenheiten, die Kultur und die Normen für eine Zusammenarbeit zu stärken.“

Der zweite wichtige Grund, weshalb wir hier sind, ist die Tatsache, dass vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sowie auch die Menschenrechtsnormen im weiteren Sinn in unserer ostasiatischen Region genauso gelten — in einer Region, in der es viele ungelöste territoriale Auseinandersetzungen gibt, aber noch keine der Institutionen, die gemeinsame und kooperative Sicherheitsansätze fördern. Trotz aller Schwierigkeiten der OSZE hat ihre Kernbotschaft auch für unsere Region Geltung.“

Kevin Rudd, Minister für auswärtige Angelegenheiten von Australien, OSZE-Kooperationspartner.

Die OSZE als Sicherheitsgemeinschaft*

Von Emanuel Adler

In einer bahnbrechenden Studie aus dem Jahr 1957 führten Karl W. Deutsch und seine Kollegen das Konzept der Sicherheitsgemeinschaft ein. Damit ist eine Völkergruppe gemeint, deren Integration so weit fortgeschritten ist, dass ihre Mitglieder wirklich darauf vertrauen, dass sie einander nicht physisch bekämpfen, sondern ihre Streitigkeiten auf anderem Wege beilegen werden. Deutsch unterscheidet zwischen „amalgamierten“ und „pluralistischen“ Sicherheitsgemeinschaften. In einer amalgamierten oder verschmolzenen Gemeinschaft gehen zwei oder mehrere (souveräne) Staaten formal in einem erweiterten Staat auf. Bei der pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft hingegen bleibt die rechtliche Unabhängigkeit der einzelnen Staaten unangetastet, doch werden sie so weit integriert, dass ihre Mitglieder „verlässliche Aussicht auf einen friedlichen Wandel“ genießen. Eine pluralistische Sicherheitsgemeinschaft entsteht dann, wenn ihrer Mitglieder über kompatible Kernwerte verfügen, die sich aus gemeinsamen Institutionen und einer gegenseitigen Berechenbarkeit ergeben, d. h. wenn eine gemeinsame Identität und Loyalität, eine „Gefühlsbindung“ oder ein „Wir-Gefühl“ zwischen den Völkern gegeben sind.

In der Folge haben Michael Barnett und ich das Konzept der pluralistischen Sicherheitsgemeinschaften erweitert und als grenzüberschreitende, aus souveränen Staaten bestehenden Regionen definiert, deren Einwohner eine verlässliche Aussicht auf einen friedlichen Wandel aufrechterhalten. Ferner verwendeten wir folgende Kriterien für die Beschreibung der dreistufigen Entwicklung von Sicherheitsgemeinschaften — Entstehung, Aufstieg und Reifung — sowie für die Unterscheidung in locker und eng gekoppelte Sicherheitsgemeinschaften: die Tiefe des zwischen den Staaten bestehenden Vertrauens, Art und Grad der Institutionalisierung des Regierungssystems der Region und die Frage, ob sich die Staaten formal in Anarchie oder an der Schwelle zur Umwandlung befinden. Eine „locker gekoppelte“ pluralistische Sicherheitsgemeinschaft weist ein Mindestmaß der vorstehend definierten Eigenschaften auf. „Eng gekoppelte“ pluralistische Sicherheitsgemeinschaften hingegen besitzen ein Regierungssystem, das irgendwo zwischen einem souveränen Staat und einer zentralisierten Regionalregierung angesiedelt ist. Dieses System ist so etwas wie ein post-souveränes System, das mit gemeinsamen supranationalen, transnationalen und nationalen Institutionen sowie einer Art kollektivem Sicherheitskomplex ausgestattet ist.

Deutsch, Barnett und ich stimmen darin überein, dass das Bestehen von Sicherheitsgemeinschaften nicht

bedeutet, dass sich Staaten nicht mehr von ihren eigenen Interessen leiten lassen, dass zwischenstaatliche Gepflogenheiten nicht mehr von materiellen Faktoren beeinflusst werden und dass es keine Sicherheitsdilemmata mehr gibt. Friedliche Konflikte zwischen Mitgliedern von Sicherheitsgemeinschaften sind normal. Auch behaupten wir nicht, dass Sicherheitsgemeinschaften über die gegenseitige Abhängigkeit zwischen regulären Sicherheitsvereinbarungen auf regionaler Ebene und stabilen Wirtschaftsbeziehungen hinausgehen. Vielmehr kommen Sicherheitsgemeinschaften der Beschreibung eines friedlichen Miteinanders auf der Basis einer gemeinsamen Identität und gemeinsamer friedlicher Gepflogenheiten wie Zurückhaltung und Diplomatie am nächsten. Wenn Menschen ihren Staat als zu einer Gruppe von Staaten — den „Demokratien“ zum Beispiel — gehörend bezeichnen, machen sie sich bestimmte Normen, die mit dieser Selbstdefinition einhergehen, zu eigen. Bestimmte Verhaltensweisen, wie die Sorge um die Menschenrechte, werden als richtig, andere wie Folter als falsch oder unerlaubt angesehen. Von diesem Zeitpunkt an hält sich der Staat an demokratische Normen, nicht nur weil sein Volk an die Demokratie glaubt, sondern weil die Kategorie „demokratischer Staat“ nun teilweise seine Identität bestimmt. Beim Versuch, den friedlichen Wandel zu erklären, ist einer der wesentlichen Punkte, dass der Identitätsfaktor es Menschen aus verschiedenen Staaten erlaubt, einander zu kennen. Dadurch wird die der anarchischen Natur des internationalen Systems inhärente Unsicherheit abgebaut und die gegenseitige Berechenbarkeit erhöht. Die logische Folge dieses Gedankens ist, dass Staaten einander über demokratische Normen nicht nur besser kennen, sondern einander auch als Staaten erleben können, die danach trachten, ihre internen und externen Probleme friedlich zu lösen.

Bislang gibt es, gemessen an diesen Kriterien, erst einige wenige pluralistische Sicherheitsgemeinschaften. Dazu zählen die Europäische Union, die eng gekoppelt ist, und die Atlantische Gemeinschaft, die teilweise eng gekoppelt ist. Sowohl Skandinavien als auch die Vereinigten Staaten und Kanada, der südliche Kegel Lateinamerikas, Südostasien (um den Verband Südostasiatischer Nationen [ASEAN]) und die aufsteigende Sicherheitsgemeinschaft, die von der OSZE aufgebaut wird, sind lose gekoppelt.

Während nicht alle Sicherheitsgemeinschaften institutionalisiert sind und in ihrer Entstehung und Entwicklung von einer formalen Organisation abhängen, ist in den letzten Jahren auf der internationalen Bühne ein

neuer Typus einer Institution in Erscheinung getreten: eine Institution, die eine Sicherheitsgemeinschaft aufbaut. Institutionen, die Sicherheitsgemeinschaften aufbauen, sind insofern Wegbereiter, als sie die normativen Bezugssysteme für Sicherheitsgemeinschaften schaffen. Sie können auch bei der Verbreitung und Institutionalisierung von Werten, Normen und gemeinsamen Sichtweisen eine entscheidende Rolle spielen. Schließlich können Institutionen, die Sicherheitsgemeinschaften aufbauen, durch die Festlegung von Verhaltensnormen, Monitoringmechanismen und Sanktionen zur Durchsetzung dieser Normen — die alle sowohl die gegenseitige Berechenbarkeit und das Vertrauen fördern als auch davon abhängen — dabei helfen, die Gepflogenheiten von Staaten so zu gestalten, dass die Entstehung von Sicherheitsgemeinschaften möglich wird.

Die OSZE ist eindeutig ein Beispiel für eine Institution, die eine Sicherheitsgemeinschaft aufbaut. Als paneuropäische Sicherheitsorganisation, die sich über drei Kontinente von Vancouver bis Wladiwostock erstreckt, ermutigt die OSZE die Eliten und Völker ihrer 56 Mitgliedstaaten dabei, sich vorzustellen, in einer gemeinsamen kognitiven Region zu leben, die zunehmend als „die OSZE-Region“ bezeichnet wird. Somit können wir erst dann verstehen, was die OSZE — ungeachtet ihrer Errungenschaften oder deren Fehlen — tut oder zu tun versucht, wenn wir diese Überlegungen in das Konzept der pluralistischen Sicherheitsgemeinschaften einbetten.

Es ist daher wenig überraschend, dass beim letzten Treffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE in Astana die Teilnehmerstaaten aus eigenem Dafürhalten beschlossen, sich zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok zu bekennen, deren Grundlagen vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind. Die OSZE hat einen anderen Ansatz gewählt als manch andere Institutionen wie die NATO oder die

Europäische Union, indem sie sich selbst als aufsteigende Sicherheitsgemeinschaft konstruiert. Anstatt darauf zu warten, bis „der Andere“ seine Identität und Interessen ändert, damit er in die Institution, die eine Sicherheitsgemeinschaft aufbaut, aufgenommen werden kann, hat die OSZE von Anfang an alle Staaten einbezogen, die den politischen Willen äußern, den Standards und Normen der Sicherheitsgemeinschaft gerecht zu werden — in der Hoffnung, deren Identitäten und Interessen zu ändern. Somit baut die OSZE eine Sicherheit auf, indem sie einbezieht und nicht ausschließt oder eine zukünftige Einbeziehung unter bestimmten Bedingungen in Aussicht stellt.

Zusammenfassend gesagt, erfordert echter positiver Friede aus der Sicht pluralistischer Sicherheitsgemeinschaften weder die Überwindung des Nationalstaats noch die Beseitigung bestehender kultureller und ethnischer Loyalitäten und Identitäten oder die vollständige Integration zu einem Einheitsstaat. Es ist dafür nur erforderlich, dass souveräne Staaten eine neue Form der regionalen Regierung einführen, die ausgehend von kollektiver Identität und gegenseitigem Vertrauen im Hinblick auf die Zusammenarbeit und Einhaltung von Normen eine verlässliche Aussicht auf einen friedlichen Wandel aufrechterhält.

Emanuel Adler ist Inhaber des „Andrea and Charles Bronfman Chair of Israeli Studies“ an der Universität Toronto und Herausgeber der Zeitschrift *International Organization*.

* Dieser Artikel basiert zum Teil auf Karl W. Deutsch, Sidney A. Burrell, Robert A. Kann, Maurice Lee, Jr., Martin Lichterman, Raymond E. Lindgren, Francis L. Loewenheim und Richard W. Van Wagenen, *Political Community and the North Atlantic Area* (Princeton: Princeton University Press, 1957); Emanuel Adler und Michael Barnett, *Security Communities* (Cambridge and New York: Cambridge University Press, 1998) und Emanuel Adler, „Imagined Security Communities: Cognitive Regions in International Relations“, *Millennium*, 26/2 (1997): 249-277.



Die Teilnehmer am öffentlichen Seminar über die Zukunft der OSZE folgen aufmerksam einem Vortrag. Prag, 22. Februar 2011.

Öffentliches Seminar in Prag

„Die OSZE an der Schwelle zum zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts“ lautete das Thema eines öffentlichen Seminars, das vom Prager Büro des OSZE-Sekretariats in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Sozial- und Wirtschaftsstrategien am 22. Februar 2011 für mehr als 100 Teilnehmer im Senat der tschechischen Republik veranstaltet wurde. Der litauische Botschafter Aurimas Taurantas, der tschechische stellvertretende Minister für auswärtige Angelegenheiten, Jiří Schneider, Botschafter Jiří Parkmann, der Leiter des Prager Büros, sowie der österreichische Botschafter Ferdinand Trauttmansdorff sprachen in der Eröffnungssitzung. Die anschließende Podiumsdiskussion bot hochrangigen nationalen Vertretern aus Moldau, Schweden, Rumänien, Bulgarien, Dänemark, der Russischen Föderation, Deutschland, den Vereinigten Staaten, Estland, Ungarn und Frankreich Gelegenheit zur Diskussion mit Politikern, Studenten und den Medien über die Ergebnisse des Gipfeltreffens in Astana vom Dezember 2010, das OSZE-Instrumentarium zur Konfliktbewältigung und -verhütung und die Ergebnisse der Feldoperationen sowie über noch nicht abgeschlossene Aufgaben. Ein ehrenvolles Gedenken wurde dem kurz zuvor verstorbenen berühmten Dissidenten Jiří Dienstbier, ehemaliger Minister für auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakei und Amtierender Vorsitzender der OSZE 1992, erwiesen.

100 Jahre Internationaler Frauentag

„Wenn wir den hundertsten Internationalen Frauentag feierlich begehen, dürfen wir nicht vergessen, dass eine größere Gleichstellung der Geschlechter immer auch ein Schlüsselindikator für die Wirksamkeit der Arbeit und Politik der Institutionen, politischen Organe und Feldeinsätze der OSZE ist.“

— Jamila Seftaoui, Erste Beraterin der OSZE für Genderfragen.

Förderung von Frauen als Unternehmerinnen — eine Investition in Stabilität

Mawsuna Latipowa ist eine junge Frau, die im Serafschan-Tal in der Bergregion Sughd in Nordtadschikistan lebt, das so entlegen ist, dass es im Winter für etliche Monate vom Rest des Landes abgeschnitten ist. Die Menschen im Tal sind bitterarm. Wie die meisten Männer ist Mawsunas Ehemann auf der Suche nach Verdienstmöglichkeiten in die Russische Föderation ausgewandert. Da er keine entsprechenden Arbeit fand, kann er ihr nicht genug Geld für ihren Unterhalt und den ihrer Kinder schicken.

Mawsunas Geschichte hat alle Voraussetzungen für eine Tragödie. Trotzdem ist es ihr gelungen, ihr Leben in die Hand zu nehmen. Als geschickte Schneiderin gründete sie eine Vorhangschneiderei. Bereits nach einem halben Jahr erhält sie Großaufträge für die Ausstattung von Standesämtern, Hotels und Veranstaltungssälen. So kann sie ihre Kinder gut ernähren und kleiden. Außerdem hat sie bei sich zuhause ein ganzes Schneideratelier eingerichtet, wo auch ihre Cousine, ihre Schwestern und ihre Mutter beschäftigt sind, was der gesamten Großfamilie zugutekommt.

Rachimowa Salomat, eine Witwe mit sechs Kindern aus demselben Tal, hat ebenfalls eine Schneiderei eröffnet. Sie näht Trachtenmäntel für Männer und Tischtücher, die sich sehr gut verkaufen. Gadoewa Muchtaram, die in einem weit abgelegenen Dorf im Tal lebt, bessert die Überweisungen ihres Mannes durch den Verkauf von Butter, Joghurt und Chakka (ein Käse auf Joghurtbasis) auf dem Ortmarkt auf.

Alle diese erfinderischen Frauen konnten nur deshalb tätig werden, weil sie Zugang zu Mikrofinanzinstitutionen hatten, die ihnen Kredite ohne die üblicherweise

erforderlichen Sicherheiten und Bedingungen gewährten. Von einer normalen Geschäftsbank hätten sie keinen Kredit bekommen können.

Das Serafschan-Tal in Tadschikistan ist typisch für viele entlegene Gebiete in den Bergregionen Zentralasiens und des Südkaukasus. Landwirtschaft ist aufgrund der rauen Witterung schwierig, Anstellungen gibt es selten bis gar nicht. Die Armut macht diese Regionen zu einem Nährboden der Instabilität. Drogenhandel ist unter Umständen eine der wenigen lukrativen Aktivitäten. Junge Frauen, die zuhause wenig Zukunftsperspektive haben, sind besonders anfällig, Opfer von Menschenhandel zu werden. Die Männer sind meistens abwesend, als Wanderarbeiter in der Russischen Föderation oder anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion unterwegs.

Die daheim gelassenen Frauen müssen sich und ihre Familien unter Verhältnissen durchbringen, die man nur als trostlos bezeichnen kann. Oft jedoch besitzen sie die Fähigkeiten, die unternehmerische Initiative und das Durchhaltevermögen, mit dem die Wirtschaft in ihren Region wieder in Gang gebracht werden könnte.

DIE GENDER-SEITE DER SICHERHEIT

Für die OSZE war von Anfang an klar, dass das Problem der Bekämpfung von Instabilität oft eine wirtschaftliche Dimension hat. Jamila Seftaoui, die Erste Beraterin der OSZE für Genderfragen, hat erkannt, dass Frauen als selbstständige Wirtschaftstreibende in vielen verarmten Regionen in Zentralasien und im Südkaukasus entscheidend zur Sicherstellung des Lebensunterhalts vor Ort und zum Schutz gegen viele

Sicherheitsrisiken beitragen. Mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland, den Vereinigten Staaten und Andorra nahm sie ein Projekt auf, durch das Frauen in diesen Regionen wirtschaftlich gefördert werden sollen.

Als ersten Schritt veranstaltete die Abteilung Genderfragen der OSZE gemeinsam mit dem Zentrum für Genderforschung der Universität Wilna am 3. und 4. März 2011 kurz vor dem hundertsten Internationalen Frauentag am 8. Mai in Wilna (Litauen) eine Konferenz über aktuelle Entwicklungen der selbstständigen Wirtschaftstätigkeit von Frauen. Auch wenn der regionale Schwerpunkt der Konferenz auf Zentralasien und dem Südkaukasus lag, nahmen Frauen in Führungspositionen aus dem gesamten OSZE-Raum an der Veranstaltung teil: Leiterinnen von wirtschaftlichen Frauennetzwerken, Wissenschaftlerinnen, Mitarbeiter von OSZE-Feldoperationen, die Projekte für die wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen leiten. Jozefina Cutura, eine Expertin aus den Vereinigten Staaten, von der eine Hintergrundstudie für die Konferenz stammte, präsentierte Informationen über private und öffentliche Ressourcen für die Förderung selbstständiger Wirtschaftstätigkeit von Frauen weltweit. Dinah Bennet, Gründerin des britischen Projekts *Women into the Network* (WIN) hielt ein Impulsreferat über entscheidende Erfolgsfaktoren beim Aufbau einer geschäftlichen Zusammenarbeit. In Plenarsitzungen und Gruppendiskussionen ermittelten die Teilnehmerinnen der Podiumsdiskussion gemeinsam mit dem Publikum potenziell wirksame Strategien zur Förderung des weiblichen selbstständigen Unternehmertums.

Eine der Podiumsdiskutantinnen war Fatima Scharipowa, Präsidentin der tadschikischen NRO „Women of the Orient“ und Gründerin der Organisation, die den Frauen im Serafschan-Tal Kredite gibt. Um an der Konferenz teilnehmen zu können, musste sie eine dreitägige Überquerung lawinengefährdeter Gebirgspässe auf sich nehmen. Sie berichtete von der Gründung des Mikrofinanzinstituts *Ruschki Sanon* (etwa: Frauenentwicklung): „Die Gründung gestaltete sich schwierig, aber schließlich erhielten wir im September 2009 die Genehmigung. Die Nationalbank von Tadschikistan gewährte uns als erste Bank einen Kredit. Bis heute haben 320 Frauen auf dem Land ein Darlehen erhalten, und unsere Berater helfen ihnen bei der Erstellung eines Unternehmenskonzepts. Das Wichtigste ist, dass die Darlehen ohne Sicherheiten und manchmal sogar zinsfrei gewährt werden. Die Institution ist nicht auf Gewinn ausgerichtet, sondern möchte Frauen dabei helfen, mit einer schwierigen Lage fertig zu werden. Die Rückzahlung funktioniert sehr gut. Viele Frauen nehmen bei unserer Institution sogar ein zweites oder drittes Darlehen auf.“

LÖSUNGEN FINDEN

Im Laufe der Konferenz wurde klar, dass weibliche Wirtschaftstreibende — ob in entwickelten Volkswirtschaften oder in Transformationsländern — überall mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben: Schwierigkeiten, aufgrund von Vorurteilen oder fehlender üblicher Sicherheiten einen Kredit zu bekommen; Frauen diskriminierenden Steuergesetzen; fehlendem politischen Einfluss. Aber schließlich war es eine Zusammenkunft von Unternehmerinnen. „Wenn man erkennt, was man tun muss, dann findet man auch eine Lösung“, sagte Tatiana Batuschina, Vorsitzende des *International Centre for the Advancement of Women in Business* in Moldau. Wie diese Lösungen in der Praxis zu finden sind, war die Frage, die im Zentrum der vielen

formellen und informellen Diskussionen stand, bei denen Erfahrungen ausgetauscht und Partnerschaften geschlossen wurden, wie z. B. zwischen dem eingeführten schwedischen Netzwerk *Wennet Sweden* und der *Armenian Businesswomen Support-Centre Foundation*.

Man war sich allgemein darüber einig, dass Frauen fähige und kluge Wirtschaftsakteure sind und dass sie in erster Linie Hilfe bei der Beseitigung struktureller Hindernisse brauchen, die ihnen das Fußfassen im allgemeinen Wirtschaftsleben erschweren. Unter den Empfehlungen für ein zukünftiges Engagement der OSZE, die den Abschluss der Konferenz bildeten, zählten die Entwicklung wirksamer Strategien für die Zusammenarbeit mit Regierungspartnern und der weitere Austausch praxisbezogener Informationen zwischen Interessengemeinschaften weiblicher Wirtschaftstreibender.

In den Diskussionen wurde immer wieder deutlich, dass Frauen ihren eigenen unternehmerischen Stil haben. „Fleißig, ausdauernd, genau“ — so beschrieb Lilia Gevorgyan, Präsidentin der *Armenian Businesswomen Support-Centre Foundation*, die Unternehmerinnen in ihrem Land. „Frauen investieren eher in sinnvollen Wohlstand anstatt in gedankenlosen Konsum“, sagte Ruta Rutkelyte, Abgeordnete zum litauischen Parlament. Frauen sind bei der Aufnahme von Krediten vorsichtiger, gehen weniger leicht übermäßige Risiken ein und sind bei der Kreditrückzahlung verlässlicher. All das macht Stabilität aus. Für die OSZE ist die Förderung der selbstständigen Wirtschaftstätigkeit von Frauen eine Investition, die sich lohnen wird.

Rachimowa Salomat, selbständige Unternehmerin im Serafschan-Tal (Tadschikistan), führt einen von ihr angefertigten Herrenmantel der Landestracht vor. Foto: Holiqov Hafiz



Who ist who für Genderfragen in der OSZE



Die Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzes der OSZE für Genderfragen Wendy Patten (links) im Gespräch mit Anastasia Crickley vom Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung vor einer Sitzung der OSZE-Überprüfungskonferenz, Warschau, 6. Oktober 2010. (OSZE/Curtis Budden)



Jamila Seftaoui (links), Erste Beraterin der OSZE für Genderfragen, bei der Beantwortung einer Frage aus dem Publikum auf der Konferenz „Frauen als Unternehmerinnen“, die von der Abteilung Genderfragen in Wilna (Litauen) am 3. März 2011 veranstaltet wurde. Rechts von ihr die Gleichstellungsexpertin Jozefina Cutura sowie Dalia Leinarte, Leiterin des Zentrums für Genderforschung an der Universität Wilna. (OSZE/Ursula Froese)

Verpflichtungen der OSZE in Genderfragen

OSZE-Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Beschluss Nr. 14/05 des Ministerrats der OSZE über Frauen in der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Konfliktnachsorge

Beschluss Nr. 15/05 des Ministerrats der OSZE über die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Beschluss Nr. 07/09 des Ministerrats der OSZE über die Mitwirkung von Frauen am politischen und öffentlichen Leben.

Die Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzes für Genderfragen

Wendy Patten ist Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzes der OSZE für Genderfragen. Sie wurde erstmals 2010 vom Amtierenden Vorsitz Kasachstan für diese neu geschaffene OSZE-Funktion bestellt. „Die Teilnehmerstaaten zu ermutigen, die OSZE-Verpflichtungen zur Gleichstellung der Geschlechter in greifbare Fortschritte für das Leben der Frauen in der gesamten Region umzusetzen“ — so beschreibt sie die zentrale Herausforderung ihres Mandats. Patten ist auch *Senior Policy Analyst* am *Open Society Institute* in Washington.

Die Abteilung Genderfragen der OSZE

Die Abteilung Genderfragen der OSZE wird von der Ersten Beraterin der OSZE für Genderfragen Jamila Seftaoui geleitet. Sie bietet technische Hilfestellung bei der durchgängigen Integration der Gleichstellungsperspektive in die Politiken und Programme der Organisation an. Sie berät die Durchführungsorgane und politischen Gremien der OSZE bei der Umsetzung und begleitenden Kontrolle der OSZE-Verpflichtungen in Genderfragen. Die Abteilung Genderfragen setzt thematische Programme um und entwickelt Referenzmaterial zu bewährten Praktiken, operative Instrumente, Richtlinien und Kapazitätsaufbaumodule zur Unterstützung des Personals, der Feldoperationen und der Teilnehmerstaaten. Sie veranstaltet themenbezogene Tagungen und Konferenzen zur Erörterung und Einbeziehung einer Gleichstellungsperspektive in die politisch-militärische, die ökonomisch-ökologische- und die menschliche Dimension der OSZE-Aktivitäten.

Die Kontaktstellen für Gleichbehandlungsfragen

Die OSZE hat in allen Feldoperationen und Institutionen sowie in allen Hauptabteilungen des Sekretariats der Organisation eine Ansprechperson für Gleichbehandlungsfragen bestellt. Diese werden von der Abteilung Genderfragen koordiniert und sind für eine Verstärkung der Sensibilisierung für diese Fragen und die Unterstützung des OSZE-Personals bei der konsequenten Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten in ihrer Tagesarbeit zuständig.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)

Das BDIMR führt Programme mit folgenden Zielsetzungen durch: Erhöhung der Teilhabe von Frauen an der Politik und im öffentlichen Leben, Aufbau von Kapazitäten für die Vernetzung von Frauen, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Umsetzung von Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die eine verstärkte Einbindung von Frauen in die Konfliktverhütung, die Krisenbewältigung und die Wiederaufbauprozesse nach Konflikten fordert. Im Jahr 2011 wird das BDIMR mit der Umsetzung eines Projekts über die Förderung der Mitwirkung von Frauen in politischen Parteien aufnehmen.

Die Sonderbeauftragte für Genderfragen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Im Oktober 2010 ernannte die Parlamentarische Versammlung die Abgeordnete zum kanadischen Parlament Hedy Fry zu ihrer Sonderbeauftragten für Genderfragen. Ihre Aufgabe ist die Beobachtung der Gleichstellungsentwicklungen in der OSZE, die Entwicklung eines aktiveren Profils der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Hinblick auf Gleichstellungsfragen und die Zusammenarbeit mit der OSZE bei der Organisation einschlägiger Veranstaltungen.

Ermutigung für Frauen, im wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Leben eine vollwertige Rolle zu übernehmen.



OSZE/URSULA FRÖSE

Die Abgeordnete zum kanadischen Parlament Hedy Fry ist seit Oktober 2010 Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung (PV) der OSZE für Genderfragen. Fry ist Ärztin und war über 20 Jahre in ihrer eigenen Praxis im Stadtzentrum von Vancouver tätig, ehe sie in die Politik ging. 1993 wurde sie für ihr Eintreten gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung ins Parlament gewählt; von 1996 bis 2002 war sie Ministerin für Multikulturalismus und die Stellung der Frau. Anlässlich der Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien führte Ursula Fröse, Redaktionsverantwortliche des Magazins, am 26. Februar 2011 mit Hedy Fry das folgende Gespräch.

Ursula Fröse: Wie verstehen Sie Ihre Rolle als Sonderbeauftragte der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für Genderfragen?

Hedy Fry: Ich sehe meine erste Aufgabe darin, alle diese ganz unterschiedlichen Länder dazu zu bringen, sich für Genderfragen zu interessieren, dass sie verstehen, weshalb Frauen ihren Beitrag zum wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Leben ihrer Länder leisten können müssen. Das wirtschaftliche Argument scheint mir zielführend. In schweren Zeiten haben die Länder Probleme. Viele dünn besiedelte Länder können nur dann konkurrenzfähig sein, wenn die ganze Bevölkerung gemeinsam an einem Strang zieht. Aber wie wollen sie das zustande bringen, wenn sie den Frauen, die meistens bis zu 52 Prozent der Bevölkerung ausmachen, dabei keine Funktion zugestehen?

Umgekehrt kann man sich fragen, weshalb Frauen denn keine Rolle spielen. Und da zeigt sich, dass Frauen, ab dem Zeitpunkt, da sie Kinder haben, von heute auf morgen nicht mehr ihre ganze Zeit einer bezahlten Arbeit widmen können. Männer mit Kindern hingegen können so produktiv sein, wie sie selbst wollen. Damit Frauen einen gleichberechtigten Platz in der Erwerbsbevölkerung bekommen, besteht die einzige mögliche Hilfe darin, die Frage der Kinderbetreuung zu lösen. Und dann versteht man auch, worum es bei Gender geht. Für einen Mann muss man das nämlich nicht tun, für Frauen hingegen sehr wohl.

Meiner Meinung hat hier auch der Staat eine Aufgabe, denn wenn er gute Regierungspolitik verfolgt, gibt er damit vielen

seiner Bürger die Möglichkeit, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Eine Regierung ist dann gut, wenn sie den Bürgern das nötige Instrumentarium an die Hand gibt, damit sie mit verschiedenen unüberwindlichen Hindernissen fertig werden können. Ist diese Voraussetzung einmal erfüllt, liegt es an den Menschen, ob sie diese Hindernisse überwinden wollen oder nicht. Derzeit steht Frauen diese Wahl aufgrund ihres biologischen Geschlechts und ihrer anatomischen Physiologie nicht offen.

Während meiner Tätigkeit als Ärztin hatte ich unter meinen Patientinnen viele Frauen mit gewalttätigen Partnern, bei denen sie blieben. Sie waren einfach nicht in der Lage — hätten sie den Mann verlassen — genug zu verdienen, um sich und ihre Kinder zu erhalten. Wenn man Frauen die Möglichkeit dazu gibt, dann wird auch die Gewalt gegen Frauen aufhören, denn Frauen werden nicht mehr völlig abhängig sein und sich frei entscheiden können.

Betreffen Genderfragen in erster Linie Frauen?

Bei Gender geht es um die Erfahrungen, die Männer und Frauen geschlechtsbedingt machen. Anders gesagt: Frauen und Männer haben eine unterschiedliche Realität. Wie ihre Lebensrealität aufgrund der Tatsache, dass sie ein Mann oder eine Frau sind, aussieht — darum geht es bei Gender. Und wenn man Regierungspolitik machen will, muss man sich einmal ansehen, wie unterschiedlich die Herausforderungen sind, die sich den beiden Geschlechtern jeweils stellen.

Heutzutage ist man generell der Meinung, dass es bei Gender

um Frauen geht, da Frauen noch immer mit großen Einschränkungen konfrontiert sind, deren sich eine Regierung mit ihrer Politik annehmen muss. Früher oder später, wenn Mädchen besser abzuschneiden beginnen und Frauen alle Voraussetzungen bekommen, um gleichberechtigt antreten zu können, werden vielleicht die Männer in bestimmten Bereichen benachteiligt sein. Heute zeigt sich beispielsweise in Kanada, dass die Mädchen plötzlich die Jungen überholt haben, nachdem von allen Seiten viel unternommen wurde, um jungen Frauen den Zugang zu traditionell frauenuntypischen Berufen zu ermöglichen, und man erkannt hat, dass etwa Mädchen Mathematik anders lernen als Jungen, und entsprechende Modelle entwickelt hat. 60 Prozent der angehenden Medizinstudenten sind Mädchen; 55 Prozent der Jurastudenten sind Frauen. Und wenn wir uns die letzten fünf Jahre ansehen, stellen wir fest, dass zunehmend Jungen die Schule abbrechen. Wir müssen den Ursachen für dieses Hinterherhinken der Jungen nachgehen, und der Staat muss sich eine gute Politik überlegen, um hier gegenzusteuern. Um diese Dinge also geht es in der Genderpolitik.

Wenn man das genauer aufschlüsselt, kommt ans Licht, dass Frauen auch mit einer anderen Dynamik fertig werden müssen. Dabei geht es nicht nur darum, dass sie Frauen sind. Es gibt Gesellschaften, in denen Frauen, wenn sie zudem noch Migrantinnen oder Flüchtlinge sind, in zweierlei Hinsicht einen Hindernislauf bewältigen müssen. Sind sie obendrein auch noch homosexuell, so kommt eine weitere Hürde hinzu. Und wenn sie als Frau in Kanada vielleicht auch noch aus der Gruppe der Ureinwohner stammen, — dann baut sich vor ihnen eine vierte Hürde auf: Stereotypisierung, Diskriminierung, institutionalisierter Rassismus. Sie kämpfen also nicht nur, weil sie Frauen sind, sondern müssen auch gegen all die anderen Behinderungen kämpfen, und manche Frauen sind mit mehr Hindernissen konfrontiert, als andere.

Was versteht man unter „Gender-based Analysis“?

Das Konzept der auf dem Geschlecht basierenden Analyse besteht darin, alles was man tut, daran zu messen, inwiefern es Männer oder Frauen benachteiligt. Die „Gender-based Analysis“ (GBA) wurde in Kanada entwickelt. Wir haben sie auf der Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995 vorgestellt, und viele Länder haben sie dann übernommen.

GBA bedeutet, dass — will man Frauen dazu befähigen, ihren Beitrag zur Gesellschaft zu leisten — man zuallererst herausfinden muss, auf welche Weise die Regierungspolitik bzw. die Gesetze grundsätzlich eine Benachteiligung begünstigen. Der erste Schritt sind nach dem biologischen Geschlecht aufgeschlüsselte Statistiken.

So sind in Kanada beispielsweise Frauen steuerlich im Vergleich zu Männern benachteiligt. Man vergisst nämlich leicht, dass viele Frauen ihr Einkommen nicht nur aus bezahlter Arbeit beziehen, sondern auch von Transferleistungen, Sozialleistungen der Regierung und Ähnlichem mehr abhängig sind. Und wenn man diese Leistungen außer Acht lässt und nur die Einkünfte aus bezahlter Arbeit berücksichtigt, dann sind Frauen benachteiligt.

In Ihrer Rede auf der Wintertagung der OSZE-PV haben Sie als Zielvorgabe bis 2012 eine Frauenquote von 33 Prozent für das Präsidium genannt. Welche Strategien halten Sie für zielführend, um den Frauenanteil in politischen Entscheidungsgremien zu erhöhen? Wahlsysteme nach dem Verhältniswahlrecht eignen sich sehr

gut für eine gerechtere Geschlechterverteilung in den Parlamenten, da man Parteilisten mit gleich viel Männern und Frauen erstellen kann. Es stellt sich vielmehr die Frage, wie man den Frauenanteil in anderen Wahlsystemen erhöhen kann, bei denen es grundsätzlich ein Parteiensystem gibt, bei dem aber nur eine Person pro Wahlbezirk kandidiert. In Kanada verfolgen wir seit 1990 in der liberalen Partei eine neue Politik, derzufolge der Parteiführer 25 Prozent weibliche Kandidatinnen für Wahlbezirke nominieren muss, bei denen man sich gute Gewinnchancen ausrechnet.

Mir gefällt die Vorstellung der gleichberechtigten Vertretung von Frauen in der Politik, doch wenn wir uns damit zufriedengeben, dann begnügen wir uns mit der Schaufensterdekoration. Denn eigentlich geht es doch darum, Frauen dazu zu ermutigen, ihren Platz in der Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur eines Landes einzunehmen. Wenn Frauen die höchste Karriereprognose in der Politik erklimmen, heißt das nicht unbedingt, dass dann die Politik genderbewusst wird. Viele Frauen, die sich in der Politik durchgesetzt haben, glaubten, die Spielregeln der Männer befolgen zu müssen, um voranzukommen. Wir müssen die Spielregeln ändern. Und hier kommt die kritische Masse einer Frauenquote von 33 Prozent ins Spiel. Die Vereinten Nationen haben diese Zahl genannt. Wenn Frauen in der Politik diese magische Zahl von 33 Prozent erreichen, dann scheint ihnen das aus einem unerfindlichen Grund gegenseitig Mut zu machen, und sie beginnen, innovative Strategien zu entwickeln, die eine frauenspezifische Sichtweise berücksichtigen.

Wir haben festgestellt, dass wenn im Ministerrat der Bundesregierung sechzehn Frauen saßen, diese sich zusammentaten und gemeinsam Druck für eine entsprechende Politik machten. Als ich Ministerin war, machten sich viele Frauen als Unternehmerin selbstständig. Wenn sie jedoch einen Kredit dafür von der Bank wollten, bekamen sie in der Regel keinen. Also erkundigte ich mich bei den Banken, die mir erklärten, sie würden Frauen nicht prinzipiell aufgrund ihres Geschlechts diskriminieren. Sie behaupteten, jeder der die Kriterien erfülle, könne einen Kredit bekommen. „Um welche Kriterien handelt es sich denn?“, fragte ich. Die Antwort lautete: „Nun, Sie brauchen Sicherheiten, üblicherweise ein Haus oder etwas Ähnliches“. Aber wie viele Frauen besitzen ein Haus, das auf ihren Namen lautet? Als Folge davon gründeten wir in ganz Kanada *Women's Enterprise Centres*, eines in jeder Region, bei denen Frauen Kredite beantragen können. Man zeigte ihnen, wie man einen Geschäftsplan aufstellt, und sie konnten dort eine Finanzierung bekommen, da ihnen die Banken selbst kein Geld geben wollten.

Eine gute Regierungspolitik, in der Frauen eine Rolle spielen, kommt nicht notwendigerweise ausschließlich den Frauen zugute. Ich denke hier z. B. an die Konfliktbeilegung. Frauen entscheiden sich eher für Verhandlungen als für Krieg, da sie und ihre Kinder die Hauptleidtragenden von Kriegen sind. Das heißt aber nicht, dass Frauen nur Positives einbringen. Männer haben eine unterschiedliche, gültige Sicht der Dinge. Wenn wir die beiden Hälften zusammenbringen, haben wir ein Ganzes.

Ginge es bei der Gleichstellung um nichts anderes als eine paritätische Vertretung in Entscheidungsprozessen, dann würde eine Politik, die alles über einen Kamm schert, durchaus funktionieren. Man kann in der Politik Dinge ins Lot bringen, wenn man es jedoch verabsäumt, auch in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur anzusetzen, verändert sich nichts.

Das *Junior Professional Officer* Programm – ein Erfolgsrezept

Von Julia Czekierska

Anna Backlund aus Schweden hatte zuvor noch nie einen Fuß auf moldauischen Boden gesetzt, als sie sich im Juli vergangenen Jahres nach Chişinău aufmachte, um dort ihren Feldeinsatz als Junior Professional Officer (JPO) in der OSZE-Mission in Moldau anzutreten, und sich mit Aufgabenbereichen wie Konfliktverhütung und Bekämpfung des Menschenhandels sowie Genderfragen zu befassen: „Ich packte meine Koffer, um in ein Land zu reisen, von dem ich aus Beschreibungen wusste, dass es das ärmste in Europa ist, von dem ein Drittel der Erwerbsbevölkerung im Ausland lebt. Kaum hatte ich mich in Chişinău eingerichtet, begann auch schon die Arbeit. Gemeinsam mit meinen Kollegen war ich bei Patrouillen in transnistrischen Dörfern eingesetzt. An den Marktständen war es am einfachsten, ein Gespräch anzufangen. Heute, ein halbes Jahr später – nachdem ich Unmengen von Petersilie gekauft und ungezählte warme Pfirsiche und salzige Placinta-Kuchen gegessen habe – ärgere ich mich eigentlich über die stereotypen Aussagen über dieses Land, das so jung und entwicklungs hungrig ist, ein Land, das im Sommer das Auge mit seinen vielen Sonnenblumenfeldern und Weingärten erfreut, in dem die Menschen, denen man begegnet, auf Anhieb die Sprache wechseln, um sich verständlich zu machen.“

Annas Eigeninitiative ist ein typisches Merkmal der Teilnehmer am JPO-Programm der OSZE. Man nehme sechs hoch motivierte Universitätsabsolventen kurz vor dem Berufseinstieg, versetze sie für neun Monate in ein Umfeld, in dem sie täglich

ihr Fachwissen an den Herausforderungen des wirklichen Lebens messen müssen „und schon hat man ein Rezept, dass immer gelingt.“ „Das ist die sparsamste und erfolgreichste Personalentwicklungsinitiative“, erläutert Christo Polendakov, Stellvertretender Personaldirektor und Leiter der Unterabteilung Personaleinstellung im OSZE-Sekretariat in Wien.

Das 2006 begonnene und aus dem gemeinsamen Gesamthaushalt finanzierte Programm sollte die geografische Bandbreite der Organisation erweitern und zu diesem Zweck jungen Staatsbürgern aus den Teilnehmerstaaten, die in Hinblick auf das international eingestellte Personal der OSZE unterrepräsentiert sind, einen fairen Wettbewerbsvorteil bei der Bewerbung für Dienstposten auf der Einstiegsebene zum höheren Dienst zu ermöglichen. Derzeit läuft das Programm in der fünften Runde. Zu Beginn des Jahres 2010 kam noch eine außerbudgetäre Komponente dazu, die es anderen Ländern ermöglicht, ihre Staatsangehörigen für diese bereichernde Erfahrung finanziell zu unterstützen. Die erste Gruppe von auf diese Art und Weise entsandten JPOs beendete im letzten Dezember ihren neunmonatigen Einsatz, im April wird eine neue Gruppe beginnen.

EIN PRIVILEGIERTER EINBLICK

Die Nachwuchskräfte absolvieren drei Monate im Sekretariat in Wien und werden dann für sechs Monate einer Feldoperation oder Institution zugeteilt. In einer so flexibel strukturierten Organisation wie der OSZE erhalten sie dadurch die seltene Gelegenheit, aus erster



OSZE/ANNA BACKLUND



OSZE/ANNA BACKLUND



OSZE/SUSANNA HANSSON

Hand Erfahrungen in ganz unterschiedlichen Arbeitsumfeldern zu sammeln. Bei der Nachbesprechung für die entsandten JPOs am 23. Dezember 2010 in Wien hörten nicht nur die kurz vor ihrem sechsmonatigen Einsatz stehenden Kollegen der fünften Programmrunde deren Berichten und Rückmeldungen aufmerksam zu, sondern auch die anwesenden führenden Mitarbeiter des Sekretariats.

„Nachdem ich drei Monate lang unzähligen Sitzungen beigewohnt und Dokumente und Non-Papers zu den Aussprachen im Ständigen Rat verfasst hatte, hatte ich eigentlich keine konkrete Vorstellung davon, wie diese hehren Worte in die Praxis umzusetzen sind.“ Zu diesem Schluss war zumindest Dario Jovič, ebenfalls aus Schweden, gekommen, ehe er seinen Einsatz bei der Unterabteilung Bildungseinrichtung und -gesetze der OSZE-Mission in Bosnien Herzegowina antreten sollte. „Was für eine Reise! Ich erlebte hochaktuelle Entwicklungen der Problematik in Bosnien und Herzegowina aus nächster Nähe und konnte zugleich verfolgen, was man konkret dagegen zu tun versuchte. Bei der Arbeit Seite an Seite mit einer Handvoll faszinierender Persönlichkeiten, alle hoch motiviert, hoch qualifiziert und einfach originell, konnte ich aus erster Hand die praktischen Ergebnisse der hochtrabenden Diskussionen in Wien sehen.“

Der Italiener Pietro Monorchio war einer der ersten Teilnehmer am JPO-Programm im Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) in Warschau, wo „anders als im Sekretariat“, die Projektorientiertheit vieler Programme die Sicherstellung der Finanzierung zu einem vordringlichen Anliegen werden lässt. „Ich durfte ziemlich anspruchsvolle Aufgaben lösen, insbesondere in Bezug auf Planung, Vorbereitung und Fundraising für Sitzungen von OSZE-Delegationen im Rahmen der Überprüfungskonferenz. Außerdem wurde ich als Kurzzeitbeobachter zu den Wahlen in Moldau und Belarus geschickt“, berichtet er.

Für manche der Neulinge brachten unvorhergesehene Ereignisse die Chance zur Bewährung. Raphael Ténaud aus Frankreich war in Bischkek im Einsatz, nur wenige Wochen nachdem der Ausbruch ethnischer Gewalt im Süden des Landes Kirgisistan in die Krise gestürzt hatte. Die Spanierin Andrea Riba-Anglada war gerade in der Mission im Kosovo, als vergangenen Dezember außerordentliche Parlamentswahlen angekündigt wurden. Sie erinnert sich: „Ich gab Rechtsgutachten zur kosovarischen Wahlordnung ab und durfte als Beraterin der Dienststelle „Out of Kosovo“ in der zentralen Wahlkommission zu den Wahlvorbereitungen beitragen — ein Programm, das angesichts der großen kosovarischen Diaspora ganz besonders wichtig ist.“

Thomas Hoevelmann aus Deutschland begleitete im Zuge seiner Zuteilung zum Büro für Interne Aufsicht in Wien ein Prüfungsteam auf einer Dienstreise zur Mission in Skopje in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Später wurde er zum OSZE-Büro in Tadschikistan entsandt. Seine Schlussfolgerung: „Ich konnte mir dadurch zweifellos ein recht gutes Bild davon machen, wie und warum manche Dinge in der

OSZE funktionieren — und warum andere mitunter nicht funktionieren.“

FACHWISSEN JEGLICHER ART WILLKOMMEN

Die Rekrutierung für das JPO-Programm erfolgt durch ein Auswahlverfahren. Alle Kandidaten müssen einen Universitätsabschluss vorweisen können. Nur ganz wenige stoßen direkt von der Universität zu dem Programm, viele bringen bereits nationale und internationale Erfahrungen mit. Die aus Belarus stammende Inna Fironowa aus der derzeitigen JPO-Runde war bereits als Volontärin für eine internationale NRO und im Nationalen Zentrum für geistiges Eigentum in Minsk tätig. Ulla Saar aus Estland wiederum hat Praktika bei einer NRO in Israel, einem Rechtsanwaltsbüro in London und dem estnischen Finanzministerium vorzuweisen. Georgia Tasiopoulou aus Griechenland hat ein Praktikum im UNHCR-Verbindungsbüro in Wien absolviert, Rima Tkatowa aus Kasachstan war Praktikantin in der Rechtsabteilung der OSZE, und Farangis Schamsowa aus Tadschikistan arbeitete als Assistentin für Projektkoordination bei einer NRO in Duschanbe.

Obwohl die meisten Bewerber ein Studium der Politikwissenschaften, der Internationalen Beziehungen oder der Rechtswissenschaft abgeschlossen haben, ermutigt die Organisation Kandidaten aus etlichen anderen Studienrichtungen, wie Betriebswirtschaft oder sogar Informationstechnologie. Dorin Fazli aus Moldau, die einen MBA vorweisen kann, kam im Finanzdienst der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen unter. Er war Assistent für Forschung, Kommunikation und Schulung im Hinblick auf die Umstellung der OSZE auf IPSAS (International Public Sector Accounting Standards).

Die Gruppe strategische Polizeiangelegenheiten im Sekretariat und viele Polizeireformprogramme in den Feldoperationen haben potenziell Bedarf an JPOs, die aus dem Strafverfolgungsbereich kommen. Es besteht große Nachfrage an qualifizierten weiblichen Kandidaten für die politisch-militärische Dimension der Sicherheit, zu der nicht nur Polizeiarbeit sondern auch Projekte im Zusammenhang mit Rüstungskontrolle, Grenzmanagement, Terrorismusbekämpfung, Konfliktverhütung und Militärreform gehören. In gleicher Weise sind Kandidaten mit Erfahrungen in Good Governance, Verkehrsentwicklung, Korruptionsbekämpfung, Migration bzw. Umweltwissenschaft und Ökologie sehr begehrt.

EIN NEUER BLICKWINKEL, DER DAS LEBEN VERÄNDERT

Drei Monate nach Ablauf ihres Einsatzes als JPO ist Anna wieder in Chişinău. Sie wurde für den durch Entsendung zu besetzenden Dienstposten der Missionssprecherin für die OSZE-Mission in Moldau rekrutiert. Die Teilnahme am JPO-Programm ist zwar noch keine Garantie für eine Beschäftigung bei der OSZE, doch bilden erfolgreiche JPOs einen Pool qualifizierter Bewerber für künftige Einsätze im Dienste der OSZE. Manche ehemalige JPOs werden bis zum Abschluss



Familienfoto im Anschluss an die Nachbesprechung zum JPO-Programm in Wien, 23. Dezember 2010. Von links nach rechts: Stellvertretender Personaldirektor und Leiter der Unterabteilung Personaleinstellung, Christo Polendakov, Dario Jovic (Schweden), Anna Backlund (Schweden), Pietro Monorchio (Italien), Thomas Hövelmann (Deutschland), Andrea Riba-Anglada (Spanien), Generalsekretär Marc Perrin de Brichambaut, Frangis Schamsowa (Tadschikistan), Georgia Tasiopoulou (Griechenland), Personaldirektor Sergej Beljajew, Referentin für Personaleinstellung Suzanna Blaha, Erste Assistentin für Personaleinstellung Julia Czekierska, Raphael Ténau (Frankreich), Rima Tkatowa (Kasachstan), Inna Fironowa (Belarus), Dorin Fazli (Moldau), Melissa Bürbaumer, Leiterin des Finanzdienstes

konkreter Projekte als befristete Mitarbeiter beschäftigt; andere bleiben auch bei ihrer weiteren Tätigkeit in enger Verbindung mit der OSZE, wenn sie zum Beispiel für ihre nationale Regierung, NROs oder humanitäre Organisationen arbeiten. Raphael entschied sich dafür, in Bischkek zu bleiben, und arbeitet dort jetzt als beigeordneter Programmreferent mit der Roten Halbmondgesellschaft von Kirgisistan zusammen. Xodi Sakiqi aus der ersten JPO-Gruppe von 2006 kam vor Kurzem als Berater zur albanischen Delegation in Wien, und Nuno Pereira Luzio aus Portugal bewarb sich mit Erfolg um einen Vertragsposten beim Südosteuropareferat des Konfliktverhütungszentrums, nachdem er als politischer Referent zur Mission im Kosovo entsandt worden war.

Unabhängig davon, ob die jungen Mitarbeiter des höheren Dienstes, die am JPO-Programm teilgenommen haben, eine Laufbahn einschlagen, die direkt mit der OSZE zu tun hat oder nicht, verfügen sie über einschlägiges Wissen über das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE. „Meine Zuteilung zum Büro der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels erfolgte von heute auf morgen, hat jedoch

meine gesamtes Verständnis von Sicherheit auf den Kopf gestellt. Ich habe dadurch ein neues Bewusstsein, eine neue Sichtweise gewonnen, die mir jetzt sowohl in meinem beruflichen als auch privaten Umfeld zugutekommen“, erklärt Raphael. Letzten Endes sind es Aussagen wie diese, die den Erfolg dieses Programms ausmachen.

Julia Czekierska ist Erste Assistentin für Personaleinstellung in der Unterabteilung Personaleinstellung der Hauptabteilung Personal des OSZE-Sekretariats. Sie ist für das Junior Professional Officers Programme zuständig.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist in 56 Staaten aktiv, um durch politischen Dialog über gemeinsame Werte und durch praxisbezogene Arbeit Stabilität, Wohlstand und Demokratie zu fördern und auf diesem Wege nachhaltige Verbesserungen zu bewirken.

osce.org/publications
e-mail: oscemagazine@osce.org